

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4/2015

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Juli-August 2015

Grover Furr: **Chruschtschows Lügen**

Chruschtschow und die Entstalinisierung.

Dass Stalin den Weltkrieg am Globus plante, haben schon seine Generäle widerlegt, ohne je viel Gehör zu erhalten.

Dass jedoch in Chruschtschows berühmter »Geheimrede« von 1956 nicht nur diese Kolportage, sondern wortwörtlich JEDE Aussage gelogen ist und sich mit verifizierten Archivquellen und Zeugenaussagen widerlegen lässt, hat auch Grover Furr bei seinem umfassenden Studium von Primär- und Sekundärquellen überrascht.

In seinem 2007 in den USA erschienenen Buch kommt er mit der äußersten Vorsicht des Historikers zu dem Ergebnis: Der von der »Geheimrede« ausgehende aufklärerische Impuls stellt sich als propagandistische Blase heraus.

Aus dem amerikanischen Englisch von Johannes Teuber.

Grover Furr

Chruschtschows Lügen

ISBN 978-3-360-02187-8

384 Seiten

14,5 x 21,0 cm

geb.

24,99 €

Direktbestellung: Eulenspiegel-Verlagsgruppe

Markgrafenstr. 36

10117 Berlin

Tel: 030-238091-0

Redaktionsnotiz.....	4
Palästina.....	6
Außerordentliche Sitzung des Russel-Tribunals zu Gaza.....	6
Die Zeugen.....	6
Die Mitglieder der Jury.....	7
Zusammenfassung der Ergebnisse, Brüssel 25. 09. 2014.....	8
I. Die Anwendung von Gewalt.....	10
II. Kriegsverbrechen.....	10
III. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.....	13
IV. Folgerungen und Aktionen.....	22
<i>Cafe Palestine Freiburg / Dr. Gabi Weber: Liebe Leserinnen</i> <i>und Leser.....</i>	25
Die KKE zur aktuellen Lage in Griechenland.....	26
<i>ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE): Aufruf zum</i> <i>1. Mai 2015, dem Kampftag der Arbeiterklasse.....</i>	26
<i>KKE: Die SYRIZA-Regierung in Reih und Glied beim</i> <i>NATO-Chor (20.05.2015).....</i>	30
<i>ZK der KKE: Das Referendum vom 5. Juli</i> <i>und die Haltung der KKE.....</i>	31
<i>KKE: Zum Ergebnis des Referendums: Keine Befürwortung für die</i> <i>volksfeindlichen Vereinbarungen.....</i>	33
<i>Generalsekretär des ZK der KKE, Dimitris Koutsoumbas: Erklärung</i> <i>zum Ergebnis des Referendums vom 5. Juli 2015.....</i>	35
Zur Geschichte des Sozialismus.....	38
<i>Grover Furr: Rede über mein Buch “Chruschtschows Lügen” und</i> <i>meine weiteren Forschungen, 30. 5. 2015 in Berlin.....</i>	38
<i>Fritz Dittmar: Zur Stellungnahme des Bezirksvorstands Südbayern</i> <i>der DKP.....</i>	57
<i>Gerhard Schiller: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung -</i> <i>kurzer Überblick.....</i>	58
Jahrestag der Erinnerung an das Massaker von Odessa.....	70
<i>Brigitte Queck: Odessa-Massaker - 1. Jahrestag der Erinnerung.....</i>	70
Bücher.....	71
<i>Gerhard Feldbauer: Bücherangebot.....</i>	71
Stichwort BAYER (SWB), Aktuelle Ausgabe.....	73

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Wenn man sich anschaut, was die - verglichen mit den sonstigen Verhältnisse bei uns in Deutschland - sehr bemerkenswerten Streikaktivitäten bei der Bahn, im sozialen Sektor bei den Kitas und in der Sozialarbeit und bei der Post schließlich als Ergebnis hatten, kann man sich nur die Augen reiben. Für so wenig Verbesserung wurde so lange gestreikt? Die Hannoversche Allgemeine Zeitung kommentierte die Aktivitäten der Gewerkschaft ver.di am 8. Juli wie folgt: „Am Ende ist nicht viel dabei herausgekommen. Das Lohnplus im öffentlichen Dienst blieb hinter den Abschlüssen in der Industrie zurück – mal wieder. Eine Angleichung der Entgelte von angestellten zu beamteten Lehrern hat nicht stattgefunden. Die Forderung nach einer Aufwertung der Sozial- und Erzieherberufe ist in der Schlichtung geradezu atomisiert worden. Und bei der Post hat Verdi das Hauptziel eines immerhin vierwöchigen Streiks – die Verhinderung eines konzerneigenen Niedriglohnsektors – am Ende schlicht aufgegeben. Eine eindrucksvolle Demonstration gewerkschaftlicher Machtlosigkeit.“ Zusätzlich sei angemerkt: Die Arbeitszeitverkürzungen bei der Bahn kommen erst in ein paar Jahren, das Lohnplus bei der Post ähnelt einem schlechten Witz, und nachdem die Streikdelegierten den Schlichterspruch im sozialen Sektor abgelehnt hatten, hat die Gewerkschaftsführung nochmals – erfolglos – mit den Vertretern der Kommunen verhandelt und als sich die Beschäftigten empört zeigten, wurde eine auf mehr als vier Wochen angesetzte Mitgliederbefragung beschlossen. Dazu schrieben bürgerliche Medien, dass es nun die Aufgabe Bsirskes als Verdi-Chef sei, die aufgebrachten Gemüter zu beruhigen und doch noch von dem Kompromiss zu überzeugen. Da die

Mitgliederbefragung erst Anfang August abgeschlossen sein wird und die Gewerkschaftsführung unabhängig vom möglichen Ausgang bereits für den 13. August ein nächstes Treffen mit den Kommunalvertretern vereinbart hat, bringen wir in diesem Heft noch nichts zu dieser Situation. Eventuell wird das Ganze Thema in der nächsten Ausgabe.

In diesem Heft geht es viel um Internationales: Palästina/Gaza, Griechenland, die Geschichte der Sowjetunion.

Auch die dritte Solidaritätsflotte für Gaza ist von der israelischen Marine daran gehindert worden, die Blockade zu durchbrechen. Das Führungsschiff wurde geentert und in den militärischen Teil der israelischen Hafenstadt Aschdod geschleppt, die Besatzung des Schiffes wurde festgenommen. Das soll für uns der Anlass sein, an die Sitzung des Russel-Tribunals im September 2014 in Brüssel zu erinnern. Das Russel-Tribunal hat dort ein vernichtendes Urteil über die Politik des Staates Israel gefällt, wir dokumentieren die Ergebnisse (auch wenn sie selbstverständlich schon hier oder da veröffentlicht wurden, mangelt es sehr an einer weiteren Verbreitung derselben).

In die Endredaktion dieser Ausgabe der offen-siv fiel das Referendum in Griechenland und der Rücktritt des Finanzministers. Die Kommunistische Partei Griechenlands, die KKE, hat Syriza und die Regierung Tsipras stets hart kritisiert und wurde deshalb nicht selten scharf angegriffen wegen „sektiererischen Verhaltens“ z.B. aus Teilen der DKP, der Linkspartei – und auch die „junge Welt“ enthält sich hier jeder klaren Positionierung. Wir wollen nicht über die KKE reden, sondern sie selbst zu Wort kommen lassen und bringen deshalb einige Dokumente der Partei.

Die Geschichte des Sozialismus ist bei uns ja so etwas wie ein Dauerthema, denn Klarheit über die Vergangenheit ist unabdingbare Voraussetzung für die Gestaltung der Zukunft. Und als wir erfuhren, dass der Verlag Das Neue Berlin aus der Eulenspiegel-Verlagsgruppe Gruver Furr zur Vorstellung seines Buches „Chruschtschows Lügen“ nach Berlin eingeladen hat, haben wir uns selbstverständlich um den Text seiner Rede bemüht und die Genehmigung erhalten, ihn in der offen-siv zu bringen. An dieser Stelle recht herzlichen Dank dafür an Johannes Oehme! Eine Antwort auf eine fast schon absurd anmutende Äußerung der DKP Südbayern und ein Überblick über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung komplettieren diesen Schwerpunkt.

Am Schluss des Heftes findet Ihr ein sehr interessantes Angebot des Genossen Gerhard Feldbauer: er will bzw. muss Teile seiner Bibliothek veräußern und bat uns, dieses in unserer Zeitschrift bekannt zu machen. Es handelt sich um sehr interessante Werke. Sie seien Eurer Aufmerksamkeit empfohlen.

Redaktion offen-siv

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

<h2>Palästina</h2>

Außerordentliche Sitzung des Russel-Tribunals zu Gaza¹

In deutscher Übersetzung herausgegeben im Oktober 2014.

Die Zeugen

Je 20-minütige Statements: www.russeltribunalonpalestine.com – special session, videos.

John Dugard zur Rechtslage.

Paul Behrens zur völkerrechtlichen Definition von Völkermord.

Desmond Travers zur während der Operation „Protective Edge“² verwendeten Munition.

David Sheen zur Anstachelung zum Völkermord in Israels öffentlichem Diskurs.

Eran Efrati zum Fall Salem Shamaly. Tötung eines Palästinensers durch einen Scharfschützen der israelischen Armee. Mohammed Omer zu außergerichtlichen Hinrichtungen (der Fall des Mohammed Tawfiq Quedeh).

Mads Gilbert zu Angriffen auf medizinische Einrichtungen.

¹ Engl.: Russel-Tribunal on Palestine, abgekürzt: RToP)

² „Protective Edge“ hieß die Militäroperation Israels gegen den Gazastreifen, die am 8. Juli 2014 begann und am 26. August 2014 endete. Es kamen israelische Artillerie-, Luft- und Bodentruppen zum Einsatz. Nach unterschiedlichen Berichten gab es über 2.000 Todesopfer im Gazastreifen, die Mehrzahl davon palästinensische Zivilisten (was Israel natürlich bestreitet), große Teile der Infrastruktur und viele Wohngebäude im Gaza-Streifen wurden von Israel bewusst zerstört und bis heute wird der Wiederaufbau behindert. (Red. offen-siv)

Mohammed Abou Arab zu Angriffen auf medizinisches Personal.

Paul Mason zu Angriffen auf UN-Schulen und Erfahrungen mit der Berichterstattung aus Gaza.

Martin Lejeune zu Angriffen auf Industriegebiete und Fabriken.

Ashraf Mashharawi zur Zerstörung ziviler Infrastruktur einschließlich staatlicher Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Raji Sourani zu Angriffen auf Zivilisten (konnte nicht persönlich erscheinen, da von Ägypten an der Ausreise gehindert).

Ivan Karakashian zum Missbrauch von Menschen, insbesondere von Kindern, als Schutzschilde.

Max Blumenthal zu Kriegsverbrechen.

Agnes Bertrand zur Komplizenschaft von Drittstaaten.

Michael Deas zur Frage: Wie kann es weitergehen? (u.a. mit der BDS-Kampagne Boycott, Devestment and Sanctions).

Die Mitglieder der Jury

John Dugard, Südafrika, Professor für Völkerrecht, 2001-2008 UN Sonderberichterstatter für die besetzten Gebiete, ad-hoc-Richter am IGH.

Michael Mansfield, u.a. Professor of Law an der City University of London, Anwalt für Menschenrechte.

Richard Falk, u.a. Professor emeritus für Völkerrecht der Princeton University, 2008-2014 UN Sonderberichterstatter für die besetzten Gebiete.

Roger Waters, Gründungsmitglied der Band Pink Floyd, Komponist, Gitarrist, Sänger.

Ahdaf Soueif, Ägyptisch-englische Schriftstellerin, politische Kommentatorin, Kulturkritikerin.

Ronald Kasrils, Südafrikanischer Schriftsteller, Anti-Apartheid-Aktivist, ehemaliger südafrikanischer Minister.

Vandana Shiva, Indische Autorin, Umweltaktivistin, Globalisierungs-Kritikerin.

Ken Loach, Englischer Filmregisseur.

Paul Laverty, Schottischer Anwalt und Drehbuchautor.

Christiane Hessel, Aktivistin, Autorin (Witwe von Stéphane Hessel).

Radhia Nasraoui, Tunesische Menschenrechts-Anwältin.

Miguel Angel Estrella, Argentinischer Pianist und UNESCO Sonderbotschafter für die Kultur des Friedens und der Toleranz durch Musik; 2000 gründet er mit Musikern jüdisch-israelischer und arabischer Herkunft ein Orchester für den Frieden.

„Möge dieses Gericht das Verbrechen des Verschweigens verhindern“ – Bertrand Russell, London, 13. November 1966

Zusammenfassung der Ergebnisse, Brüssel 25. 09. 2014

1. Als die Bilder der erschreckenden Realität von Tod, Zerstörung und Verzweiflung, der die Bürgerinnen und Bürger Gazas im Juli und August ausgesetzt waren, ausgestrahlt wurden, erfasste Menschen in aller Welt ein tief sitzendes Gefühl von Empörung, Zorn und Abscheu. Allzu lange schon und ohne, dass es irgendwie geahndet würde, werden von der israelischen Besatzungsmacht schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen am palästinensischen Volk begangen.

Die Besatzung, die Blockade und die Belagerung, die man über das Territorium von Gaza verhängt hat, erfüllen an sich schon den Straftatbestand der kollektiven Bestrafung, aber der jüngste Konflikt bedeutet ganz klar eine Intensivierung dieser Politik, die Zivilbevölkerung kollektiv zu bestrafen und zu terrorisieren. Die Operation „Protective Edge“ war nicht nur der dritte größere militärische Angriff auf Gaza in sechs Jahren, sie war auch gekennzeichnet durch eine deutliche Steigerung, was das Ausmaß, die Schwere und die Dauer der Aggression betrifft. Es war Israels schwerster Angriff auf den Gazastreifen seit Beginn seiner Besatzung der palästinensischen Gebiete im Jahr 1967.

In Anbetracht dieses zyklisch sich wiederholenden verheerenden Musters der Gewaltanwendung und angesichts der Wahrscheinlichkeit seiner Fortsetzung in der Zukunft waren die Mitglieder des Tribunals überzeugt, dass es notwendig sei, den Menschen in Gaza eine Stimme zu geben und deutlich zu machen, dass jetzt unverzügliches Handeln dringend geboten ist. Das Russell-Tribunal zu Palästina hofft, als eine Stimme des Gewissens zu fungieren und Maßstäbe zur Beurteilung der Verantwortlichkeit für diese entsetzlichen und unmenschlichen Taten an die Hand zu geben.

2. Während des 50 Tage dauernden Konflikts wurden von den israelischen Streitkräften im Rahmen eines anhaltenden Bombardements aus der Luft und während der Bodenoffensive etwa 700 Tonnen Sprengstoff eingesetzt, das heißt ungefähr 2 Tonnen pro Quadratkilometer. Das Resultat dieser Aktionen: 2.188 Palästinenser getötet, davon mindestens 1.658 Zivilisten; 11.231 Zivilisten verletzt; Schäden an 18.000 Wohneinheiten (13% des in Gaza verfügbaren Wohnraums wurden vollständig oder

teilweise zerstört); die interne Vertreibung von etwa 110.000 Zivilisten; die vollständige Zerstörung von acht medizinischen Einrichtungen und Beschädigung vieler anderer (so wurden von den 32 Krankenhäusern 17 beschädigt und sechs mussten ganz geschlossen werden); massive Zerstörung der Einrichtungen für die Wasserversorgung, so dass 450.000 Zivilisten vom Zugang zu kommunaler Wasserversorgung abgeschnitten waren; die Zerstörung des einzigen Kraftwerks in Gaza, wodurch der komplette Gazastreifen täglich für zirka 20 Stunden ohne Strom war, was erhebliche negative Folgen hatte für das Abwassermanagement, für die Versorgung mit Nahrungsmitteln und für die Möglichkeiten der medizinischen Einrichtungen zur Behandlung der Verwundeten und Binnenflüchtlinge; zahlreiche Angriffe auf von der UNO unterhaltene und kontrollierte Einrichtungen und deren Zerstörung, einschließlich dreier UNRWA-Schulen, die als vorübergehende Flüchtlingsunterkunft genutzt wurden; vollständige Zerstörung von 128 Gewerbebetrieben und ein Schaden an landwirtschaftlich genutztem Boden und Viehbestand in Höhe von schätzungsweise 550 Millionen US Dollar; Angriffe auf kulturelles und religiöses Eigentum; außerdem hat der Konflikt dazu geführt, dass etwa 373.000 Kinder direkte professionelle psychologische Hilfe benötigen. Der Angriff war dermaßen ausgedehnt und systematisch, dass nach Schätzung der Palästinensischen Autonomiebehörde³ 17,8 Milliarden US Dollar erforderlich sein werden, um den an der privaten und öffentlichen Infrastruktur angerichteten Schaden zu beheben.

3. Das Russell-Tribunal zu Palästina [englisch: Russell Tribunal on Palestine/ RToP] ist ein internationales von Bürgerinnen und Bürgern gebildetes Tribunal des Gewissens, das als Antwort auf die Forderungen der Zivilgesellschaft (Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Wohltätigkeitsorganisationen, Glaubensgemeinschaften) gegründet wurde, um auf die öffentliche Meinung erzieherisch Einfluss zu nehmen und Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben. Das RToP ist durchdrungen vom selben Geist wie das von dem bedeutenden Gelehrten und Philosophen Bertrand Russell ins Leben gerufene Tribunal zu Vietnam (1966- 1967) und bekennt sich zu denselben strikten Verfahrensregeln. Das Tribunal agiert als Gericht des Volkes. Sein Bezugsrahmen ist das Völkerrecht (einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, des humanitären Völkerrechts und des Völkerstrafrechts).

4. Im Anschluss an die israelischen Militäroperationen im Gazastreifen im Juli/August 2014 wurde entschieden, umgehend das RToP zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, um zu untersuchen, ob oder inwieweit die in Gaza begangenen Taten gegen das Völkerrecht verstoßen haben. Im Verlauf dieser außerordentlichen Sitzung hörte das RToP sechzehn einzelne Zeugen und erhielt so Augenzeugenberich-

³ Palästinien Authority (PA)

te und Einschätzungen von Experten zu einer Reihe von Tatbeständen mit direktem Bezug zu den Ereignissen in Gaza im Sommer 2014. Die Jurymitglieder des Tribunals wurden durch das von den Zeugen vorgelegte peinige Beweismaterial zutiefst bewegt und erschüttert. Im Anschluss an die Anhörungen und die Beratungen der Jury am 24. September 2014, werden im Folgenden die Ergebnisse der außerordentlichen Sitzung des Russell-Tribunals zu Palästina zusammengefasst.

I. Die Anwendung von Gewalt

5. Israel ist die Besatzungsmacht des Gazastreifens. Als Besatzungsmacht kann Israel nicht das vom Völkerrecht zugestandene Recht auf Selbstverteidigung für sich geltend machen, wenn es in Gaza Gewalt anwendet. Israel reagierte mit der Gazainvasion nicht auf einen bewaffneten Angriff der Streitkräfte eines anderen Staates. Es handelte vielmehr als eine Besatzungsmacht, die Gewalt anwendet, um ihre Kontrolle über das besetzte Territorium und ihre Herrschaft über die besetzte Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Nach dem Völkerrecht haben Völker, die unter kolonialer Herrschaft oder fremder Besatzung leben, ein Recht auf Widerstand gegen die Unterdrückung. Israels Handlungen sind die einer Besatzungsmacht, die Gewalt gebraucht, um ihre Besatzung aufrechtzuerhalten und Widerstand zu unterdrücken, und nicht die eines Staates, der auf Gewalt zum Zweck rechtmäßiger Selbstverteidigung zurückgreift.

Die anhaltende Besatzung palästinensischer Gebiete und die permanente Blockade des Gazastreifens sind dagegen selbst Akte von Aggression, wie sie von der Vollversammlung der Vereinten Nationen in Resolution 3314 von 1974 (Artikel 3 a und c) definiert wurden. Das Tribunal stellt fest, dass ein Aggressor gegenüber dem Widerstand gegen seine Aggression kein Recht auf Selbstverteidigung für sich in Anspruch nehmen kann. Die Operation „Protective Edge“ war Teil der Maßnahmen zur Durchsetzung der Besatzungsherrschaft und der fortgesetzten Belagerung des Gazastreifens. Diese Belagerung stellt eine kollektive Bestrafung dar und ist damit ein Verstoß gegen Artikel 33 der Vierten Genfer Konvention.

II. Kriegsverbrechen

6. Die Beweise, die durch die vor dem RToP erschienenen Zeugen vorgelegt wurden, erfassen nur einen winzigen Teil dessen, was während der Operation „Protective Edge“ vorgefallen ist. Aber in Verbindung mit der ausführlichen öffentlich zugänglichen Dokumentierung der israelischen Angriffe führen diese Zeugenaussagen unausweichlich zu dem Schluss, dass das israelische Militär während der Operationen Kriegsverbrechen begangen hat. Die israelischen Streitkräfte haben zwei grundlegende Prinzipien des humanitären Völkerrechts missachtet – zum einen die Notwendig-

keit, genau zwischen zivilen und militärischen Zielen zu unterscheiden; und zum anderen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, d.h. dass der Einsatz militärischer Gewalt in einem angemessenen Verhältnis zum Ziel der Operation stehen muss. Durch das Ausmaß der Bombardierung von Gaza und des Granatbeschusses ziviler Areale samt Krankenhäusern, Schulen und Moscheen hat Israel gegen diesen Grundsatz verstoßen. Schätzungsweise 700 Tonnen Sprengstoff wurden durch das israelische Militär im Verlauf dieser Operation eingesetzt – im Unterschied zu den 50 Tonnen während der Operation „Cast Lead“ 2008-2009. Durch dieses Bombardement wurden Zivilisten in Gaza terrorisiert. Ihnen wurde außerdem das Recht verweigert, aus dem Kriegsgebiet zu fliehen, um Schutz und Unterstützung als Kriegsflüchtlinge zu suchen – ein Bruch des Artikels 13(2) der UN-Deklaration der Menschenrechte, der jedem Menschen das Recht, sein Land zu verlassen, verbürgt.

7. Zeugenaussagen vor dem Tribunal legen nahe, dass die durch die israelischen Streitkräfte begangenen Kriegsverbrechen die folgenden Verbrechen einschließen (aber nicht auf sie beschränkt sind):

- vorsätzliches Töten (einschließlich willkürlicher Hinrichtungen durch Bodentruppen und Tötung von Zivilisten durch Scharfschützen rund um die vom israelischen Militär in Gaza besetzten Häuser);
- umfangreiche, durch keine militärischen Erfordernisse gerechtfertigte Zerstörung von Eigentum (einschließlich der Zerstörung lebensnotwendiger Einrichtungen, insbesondere des einzigen funktionierenden Kraftwerks in Gaza, und die offensichtlich systematisch unter Beschuss genommene Infrastruktur für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung);
- vorsätzlich gegen die Zivilbevölkerung und zivile Einrichtungen gerichtete Angriffe (einschließlich des großflächigen mutwilligen Artilleriebeschusses von dicht bevölkerten zivilen Arealen und deren Bombardierung aus der Luft);
- vorsätzlich durchgeführte Angriffe, obwohl man wusste, dass solche Attacken auch den Verlust von Leben und Gesundheit von Zivilisten mit sich bringen würden oder Schäden an zivilen Objekten oder großflächige, langfristige schwere Umweltschäden verursachen würden, die „eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen“⁴, selbst wenn durch die Hamas Raketen von zivilen Standorten abgefeuert wurden (es handelt sich also um die Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt, eine Strategie, die vom israelischen Militär explizit so formuliert und praktiziert wird in Form seiner ‚Dahiya Doktrin‘,

⁴ Römisches Statut, Art. 8b, IV

nach der ganz bewusst unverhältnismäßige Gewalt eingesetzt werden soll, um die Zivilbevölkerung für Aktionen von Widerstandsgruppen oder politischen Führern kollektiv zu bestrafen);

- vorsätzlich gegen Gebäude, die der Religionsausübung oder der Erziehung dienen, gerichtete Angriffe (einschließlich wiederholter und bewusster Angriffe auf UN-Schulen, die als Flüchtlingsunterkunft für Zivilisten dienen);

- vorsätzlich gegen Krankenhäuser, Sanitäts-Einheiten und -Personal gerichtete Angriffe (einschließlich des direkten Beschusses von Krankenhäusern, was zur Tötung und erzwungenen Verlegung verwundeter Zivilisten führte, sowie erkennbarer Muster des Angriffs auf deutlich gekennzeichnete Sanitätseinheiten und Ambulanzmitarbeiter in Ausübung ihrer Pflicht);

- Ausnutzung der Anwesenheit ziviler oder anderer geschützter Personen, um „Kampfhandlungen von gewissen Punkten, Gebieten oder Streitkräften fernzuhalten“⁵ (d.h. die Verwendung palästinensischer Zivilisten als menschliche Schutzschilde);

- Verwendung von Waffen, Projektilen, Kriegsmaterial und Methoden der Kriegsführung, die von solcher Art sind, dass sie überflüssige Verletzungen oder unnötiges Leiden verursachen oder die unterschiedslos militärische und zivile Ziele treffen (einschließlich Flechette-Granaten, DIME-Geschosse, Thermobaric-Munition („Tepich“-Bomben) und Munition mit abgereichertem Uran/depleted uranium);

- die Anwendung von Gewalt unter Verletzung der „Gesetze und Gebräuche des Krieges“⁶, um Furcht und Schrecken unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten (einschließlich des „Anklopfens auf dem Dach“, wobei kleine Bomben als Warnsignal und Ankündigung nachfolgender größerer Bombardements auf palästinensische Häuser abgeworfen wurden).

8. Von israelischen Verantwortlichen wurde in der Öffentlichkeit behauptet, der palästinensische Widerstand habe während der Operation „Protective Edge“ mit seinen Angriffen auf Zivilisten gezielt und habe Waffen verwendet, mit denen man nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden kann. Die dem Tribunal zugänglichen Informationen besagen, dass 66 israelische Soldaten und 7 Zivilisten in Israel durch bewaffnete palästinensische Gruppen getötet, sowie 469 Soldaten und 837 Zivilisten verwundet wurden. Zu den palästinensischen Raketen gibt es allerdings

⁵ Röm. Statut, Art. 8b, XXIII

⁶ Röm. Statut, Art. 8b

auch gegensätzliche Informationen und unklare Statistiken aus offiziellen israelischen Quellen. Der israelische Militärsensor hat eine Nachrichtensperre (gag order) verfügt.

Ohne die Kooperation der Verantwortlichen in Israel ist es außerordentlich schwierig festzustellen, wo die Raketen niedergingen. Die israelischen Verantwortlichen haben die Einladung, vor dem Tribunal zu erscheinen, um ihre Sache zu vertreten, ausgeschlagen. Dessen ungeachtet betont das RToP, dass jede bewaffnete Gruppierung, die ihre Feuerkraft auf eine Zivilbevölkerung richtet, damit prinzipiell gegen das Kriegsrecht verstößt. Wo auch immer durch derartige Angriffe der Tod von Zivilisten verursacht wird, haben die Verantwortlichen möglicherweise Kriegsverbrechen begangen. Die Verwendung von Waffen, mit denen man nicht zwischen einem zivilen und militärischen Ziel unterscheiden kann, ist an sich schon ein Verbrechen.

III. Verbrechen gegen die Menschlichkeit:

Die besonderen Tatbestandsmerkmale von Verbrechen gegen die Menschlichkeit

9. Damit eine offensichtlich ganz gewöhnliche Inlandsstraftat die Schwelle eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit erreicht, müssen noch bestimmte zusätzliche Tatbestandsmerkmale gegeben sein. Es muss sich um einen „ausgedehnten oder systematischen Angriff gegen eine Zivilbevölkerung“⁷ handeln, und die Taten des Verbrechens müssen Teil dieses Angriffs sein und in Kenntnis des größeren Zusammenhangs des Angriffs begangen werden. Gemäß des römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs muss ein weiteres Tatbestandsmerkmal nachgewiesen werden, nämlich das Vorhandensein einer von einem Staat oder einer Organisation verfolgten Strategie zur Durchführung eines derartigen Angriffs. Artikel 7, 1 a-k des römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) listet eine Reihe einschlägiger Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf: „vorsätzliche Tötung; Ausrottung; Versklavung; Vertreibung oder zwangsweise Überführung einer Bevölkerung; Freiheitsentzug oder sonstige schwer wiegende Beraubung der körperlichen Freiheit; Folter; Vergewaltigung“ und sexuelle Gewalt; „Verfolgung; zwangsweises Verschwindenlassen von Personen; das Verbrechen der Apartheid und andere unmenschliche Handlungen“. – Obgleich das Tribunal davon überzeugt ist, dass verwertbare Erkenntnisse zu jedem dieser einzelnen Tatbestände gewonnen werden könnten, beschränkt sich das RToP in Anbetracht des speziellen Interesses dieser außerordentlichen Sitzung und der verfügbaren Mittel auf Erkenntnisse zu: 1. Mord/vorsätzliche Tötung, 2. Ausrottung und 3. Verfolgung.

⁷ Röm. Statut, Art. 7,1

10. Der Schwerpunkt der vom RToP erhaltenen Beweise macht eindeutig klar, dass ein Angriff auf eine Zivilbevölkerung stattgefunden hat. Allein die hohe Zahl getöteter und verwundeter Zivilisten und die Zerstörung zivilen Wohnraums sind klare Indizien dafür, dass glaubhaft gemacht werden kann⁸, dass die Operation „Protective Edge“ ganz überwiegend gegen die zivile Bevölkerung von Gaza gerichtet war.

11. Im Licht der erhaltenen und weiter oben zusammengefassten Zeugenaussagen, mit Blick auf das Ausmaß des durch Israel verursachten Verlusts an Leben und der Zerstörung von Eigentum, und unter Berücksichtigung der durch verschiedene UN-Büros und Menschenrechtsorganisationen vor Ort gesammelten Daten, kommt das Tribunal zu dem Schluss, dass es zwingende Indizien gibt, die es äußerst glaubhaft machen⁹, dass der Angriff auf die Zivilbevölkerung von Gaza „ausgedehnt und systematisch“ erfolgte.

12. In Bezug auf das erforderliche Tatbestandsmerkmal Strategie hat das Tribunal Zeugenaussagen gehört, die sich auf drei bestimmte Direktiven des israelischen Militärs beziehen – namentlich die „Dahiya Doktrin“ (die die vorsätzliche Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt zur kollektiven Bestrafung einer Zivilbevölkerung für Aktionen von Widerstandsgruppen oder politischen Führern beinhaltet), die „Hannibal Direktive“ (die Zerstörung eines ganzen Areals, um die Gefangennahme israelischer Soldaten zu verhindern), und die Politik der „Roten Linie“ (gemeint ist die Schaffung einer ‚Todeszone‘ (kill zone) jenseits einer willkürlich gezogenen unsichtbaren ‚Roten Linie‘ rund um Häuser, die durch israelisches Militär besetzt wurden). Jede dieser Direktiven missachtet vorsätzlich und eklatant den Schutz, den das humanitäre Völkerrecht Zivilpersonen und zivilem Eigentum gewährt, und beinhaltet ihrem Wesen nach den Einsatz von zwischen militärischen und zivilen Zielen nicht unterscheidender Gewalt gegen die Zivilbevölkerung von Gaza. Insofern lässt die Umsetzung dieser Direktiven es glaubhaft erscheinen¹⁰, dass es eine spezifische Strategie der israelischen Regierung und der israelischen Besatzungsarmee ist, zivile Areale anzugreifen, ohne Rücksicht auf das Leben der Zivilbevölkerung. Das Tribunal ist der Auffassung, dass mit großer Gewissheit glaubhaft gemacht werden kann, dass hier die einzelnen Tatbestandsmerkmale von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie weiter oben umrissen wurden, im Sinne des Artikels 7 des römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs gegeben sind, insbesondere was die aus-

⁸ A prima facie case can be established

⁹ Establishing a strong prima facie case

¹⁰ Amounts to a prima facie case

gewählten Elemente Mord/vorsätzliche Tötung (1), Ausrottung (2) und Verfolgung (3) betrifft.

(1) Mord / vorsätzliche Tötung

13. Mord als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordert, dass der Täter eine oder mehrere Personen tötet (oder ihre Tötung veranlasst hat). Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien definierte Mord als „ungesetzliche, absichtliche Tötung eines menschlichen Wesens“. Das RToP ist der Auffassung, dass, was Gaza betrifft, sehr glaubhaft gemacht werden kann¹¹, dass ein bedeutender Prozentsatz der zivilen palästinensischen Todesfälle während der Operation „Protective Edge“ auf geplantes, rechtswidriges und vorsätzliches Töten zurückgeht. Das RToP hat Zeugenaussagen zu einer Reihe von individuellen Vorfällen gehört, wie zum Beispiel die vorsätzliche Tötung von Salem Khalil Shammaly, der auf der Suche nach Familienmitgliedern in Shuja’iyya eine imaginäre „Rote Linie“ überschritt, und die zutiefst erschütternden Umstände der Tötung des 64-jährigen Mohammed Tawfiq Qudeh in seinem Haus. Das RToP ist der Auffassung, dass diese Todesfälle „prima facie“ Beispiele für Mord als Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, zusätzlich zum Kriegsverbrechen vorsätzliche Tötung.

(2) Ausrottung

14. Nach dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs umfasst das Verbrechen der Ausrottung sowohl Massentötungen als auch „die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen (unter anderem das Vorenthalten des Zugangs zu Nahrungsmitteln“, Wasser oder medizinischer Behandlung), „die geeignet sind, die Zerstörung eines Teils einer Bevölkerung herbeizuführen“

Es gibt deshalb bis zu einem bestimmten Grad Gemeinsamkeiten zwischen Ausrottung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und dem Verbrechen des Völkermords. Allerdings gibt es einen Unterschied: Bei dem Verbrechen der Ausrottung geht es zwar häufig auch um eine große Anzahl von Opfern, aber das oder die Opfer müssen nicht Teil einer geschützten Gruppe sein. Auch muss hier der Täter nicht den spezifischen Vorsatz haben, die Gruppe als Ganzes oder Teile der Gruppe zu vernichten.

15. Im Verlauf dieser außerordentlichen Sitzung erhielt das RToP detaillierte und umfassende Zeugenaussagen zu Angriffen auf die Zivilbevölkerung und geschütztes ziviles Eigentum, die direkt zu den massenhaften Todesfällen führten. Insbesondere zu Angriffen auf medizinische Einrichtungen und medizinisches Personal hat das Tribunal detaillierte Aussagen erhalten.

¹¹ A strong prima facie case can be made

Der geplante und zwischen militärischen und zivilen Zielen nicht unterscheidende Angriff auf medizinische Infrastruktur trug erheblich zum Verlust des Lebens von Zivilisten bei. Zusätzlich trugen geplante und nicht unterscheidende Angriffe auf die zivile Infrastruktur wie das Kraftwerk von Gaza ebenfalls zu einem Anstieg der Todesrate bei. In Verbindung mit der Verweigerung eines humanitären Korridors, der Abriegelung der Grenzübergänge von Erez und Rafah und den Angriffen auf die UNRWA-Infrastruktur trug dies zur „Auferlegung von Lebensbedingungen“ bei, „die geeignet sind die Zerstörung eines Teils der Bevölkerung“ von Gaza „herbeizuführen“.¹²

(3) Verfolgung

16. Verfolgung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit beinhaltet, dass den Mitgliedern einer Gruppe oder eines Kollektivs „vorsätzlich und folgenschwer“ fundamentale Menschenrechte entzogen werden. Die Gruppe muss mit der Absicht der Diskriminierung ins Visier genommen werden – aus politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen Gründen, Gründen des Geschlechts oder der Religion. Durch dieses Element der vorsätzlichen Diskriminierung ähnelt das Verbrechen der Verfolgung in gewisser Weise dem Verbrechen des Völkermords, wenngleich bei Verfolgung das Element der für Völkermord spezifischen Absicht, die Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten, nicht erforderlich ist.

Das RToP ist der Auffassung, dass Akte der Verfolgung unter den folgenden drei Kategorien des Verhaltens betrachtet werden könnten:

- diskriminierende Akte, die zu physischen oder psychischen Verletzungen führen;
- diskriminierende Verletzungen der Freiheit,
- Verstöße gegen Eigentum mit dem Ziel der Diskriminierung.

17. Entsprechend den in vorausgegangenen Sitzungen des RToP gewonnenen Erkenntnissen und mit Blick auf die fortgesetzte Eskalation der Gewalt gegen das palästinensische Volk ist das Tribunal der Auffassung, dass die Handlungen und Strategien der israelischen Regierung und des israelischen Militärs gegenüber der palästinensischen Bevölkerung ihrem Wesen nach diskriminierend sind. Das Tribunal stellt fest, dass die israelische Regierung und das israelische Militär in ihren Handlungen und Strategien das palästinensische Volk, und insbesondere die Bevölkerung in Gaza, diskriminieren – auf der Basis von u.a. politischer Zugehörigkeit, Nationalität, Ethnizität, Religion, Kultur und Geschlecht.

¹² Röm. Statut, Art, 2b

Das Tribunal hat Grund zu der Annahme, dass eine ganze Menge zusätzlicher Verbrechen und Verletzungen fundamentaler Menschenrechte aufgrund der Diskriminierung des palästinensischen Volkes und der Bevölkerung von Gaza begangen wurden und weiterhin begangen werden. Mit Blick darauf erstellt das Tribunal die folgende, nicht vollständige Liste von Verstößen:

Mord / vorsätzliche Tötung; Folter (wozu auch der Fall des 16 Jahre alten Ahmed Abu Raida gehört, der von israelischen Soldaten entführt, während des Verhörs mit einem Draht ausgepeitscht und mit sexuellen Übergriffen bedroht und schließlich gezwungen wurde, den Israelis als menschlicher Schutzschild zu dienen); sexuelle Gewalt (wie bei Khalil Al-Najjar, dem Iman in Khu- za'a, der sich öffentlich nackt ausziehen musste); physische Gewalt, die nicht als Folter gilt; grausame und unmenschliche Behandlung oder Unterwerfung unter unmenschliche Bedingungen, fortdauernde Demütigung und Erniedrigung; Terrorisierung der Zivilbevölkerung (einschließlich der Beispiele von Bürgern Gazas, die vom israelischen Militär angewiesen wurden, in ihren Häusern zu bleiben, und die dann bombardiert wurden); gesetzwidrige Festnahmen und Haft; Einsperren oder Gefangenschaft; Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (einschließlich der Verweigerung eines humanitären Korridors oder der Möglichkeit, den Gazastreifen zu verlassen); die Beschlagnahmung oder Zerstörung privater Wohngebäude, von Betrieben, religiösen Gebäuden, kulturellen oder symbolträchtigen Gebäuden oder der Mittel für die Existenzsicherung.

4. Genozid / Völkermord

18. Das internationale Verbrechen des Völkermords liegt vor bei „einer der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) Verursachung von schweren körperlichen oder seelischen Schäden an Mitgliedern der Gruppe;
- (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“¹³

¹³ Völkermord-Konvention vom 09. 12. 1948, Art. II (vgl. auch Röm. Statut, Art. 6)

19. „Unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord“¹⁴ ist ebenfalls ein internationales Verbrechen, gleichgültig, ob jemand aufgrund der „Anreizung“ zur Tat schreitet oder nicht.

20. Es ist klar, dass die Palästinenser eine nationale Gruppe im Sinne der obigen Definition von Völkermord sind. Es wurde nachgewiesen, dass die Handlungen der israelischen Armee, die unter den Oberbegriffen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachtet wurden, sich mit den in den vorstehenden Unterabschnitten (1) bis (3) [Ziffer 13 - 16] dargestellten Taten decken.

21. Das Verbrechen des Völkermords ist eng verwandt mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Während die Kriminalisierung von Verfolgung als eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit darauf abzielt, bestimmte Gruppen vor der Diskriminierung zu schützen, zielt die Kriminalisierung von Völkermord darauf ab, solche Gruppen (nationale, rassische, ethnische, religiöse) vor der Ausrottung zu schützen. Die manchmal feine Unterscheidung zwischen den beiden Verbrechen – entscheidend ist die „Absicht zu zerstören“ –, wurde von den Richtern des Jugoslawien-Tribunals erläutert: „Wenn Verfolgung sich zur extremen Form von vorsätzlichen, geplanten Handlungen steigert, die dazu gedacht sind, eine Gruppe oder Teile einer Gruppe zu zerstören, kann man sagen, dass eine solche Verfolgung auf Völkermord hinausläuft.“

22. Ziel von Israels Politik und Praxis in Palästina ist es seit Jahrzehnten, sicherzustellen, dass die Palästinenser sich seiner Herrschaft unterwerfen. Dieses Ziel wurde verwirklicht durch die Politik des Siedlerkolonialismus, dessen Basis seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 die Vertreibung und Enteignung der Palästinenser ist. Heute wird dieser Prozess fortgesetzt mit der Besiedlung des Westjordanlandes und der Aufzwingung eines Systems von Apartheid und Segregation, mit der Belagerung des Gazastreifens und der fortdauernden kollektiven Bestrafung seiner Bewohner, wie auch mit kriminellen wiederholten Militäroperationen u. systematischen Verletzungen der palästinensischen Menschenrechte. Das alles soll sicherstellen, dass die Palästinenser irgendwann auf ihr Recht auf Selbstbestimmung verzichten und weiterhin ihr Land verlassen.

23. Wie es aussieht, war Israels Besatzungspolitik während dieser ganzen Zeitspanne eher auf die Kontrolle und Unterwerfung des palästinensischen Volkes ausgerichtet als auf seine physische Vernichtung als solche.

Während der letzten Jahre gab es vermehrt sogenannte „Preisschild“-Attacken („price-tag“-attacks) im Stile rechtsradikaler Bürgerwehren gegen die palästinensische Be-

¹⁴ Vömkonv. Art III c

völkerung, ihre Häuser und religiösen Stätten im Westjordanland und in Israel. Gezeichnet durch rassistische Drohungen gegen Palästinenser nahm solche Rhetorik im Sommer 2014 in Israel rasant zu, in allen Medien und im öffentlichen Diskurs. Ausmaß und Intensität der Operation „Protective Edge“ zeigen eine bislang noch nie dagewesene Zunahme der Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung. Das RToP sieht sich aus diesem Grund erstmals dazu gezwungen, die israelische Politik einer genauen Untersuchung unter dem Aspekt des im Völkerrecht verankerten Verbots des Völkermords zu unterziehen.

24. Das Tribunal hat Beweise erhalten, die einen deutlichen Anstieg ätzender rassistischer Rhetorik und Aufhetzung während des Sommers 2014 zeigen. Die Beweise belegen, dass sich solche Aufhetzung auf vielen Ebenen der israelischen Gesellschaft zeigte, in sozialen wie in traditionellen Medien, bei Fußballfans, Polizeioffizieren, Medienkommentatoren, religiösen Führern, Parlamentariern und Ministern der Regierung. Dies kann in verschiedenen Abstufungen als Aufhetzung zu Rassismus, Hass und Gewalt verstanden werden. Die Beweise belegen, dass die im Sommer 2014 verwendete Rede und Sprache gelegentlich die Schwelle erreichen, wo man sie nur als „unmittelbare und öffentliche Anreizung zum Völkermord“¹⁵ verstehen kann.

25. Einige dieser „Anreizungen“, im Stil vergleichbar denen in genozidalen Situationen anderswo, sind nicht nur durch ausdrückliche Aufrufe zur Gewalt gegen die ins Visier genommene Gruppe gekennzeichnet, sondern auch durch sexualisierte (Vergewaltigung), geschlechtsbezogene und entmenschlichende Vorstellungen, Motive und Vorurteile. Das RToP hörte mehrfach Zeugenaussagen mit Beispielen für derartige Aufhetzung. Ein bemerkenswerter Fall ist die im Juli 2014 weit bekannt gewordene Veröffentlichung der israelischen Knesset-Abgeordneten Ayelet Shaked¹⁶, die „das gesamte palästinensische Volk [als] Feind“ definiert, sich für die Vernichtung „seiner Alten und seiner Frauen, seiner Städte und seiner Dörfer, seines Eigentums und seiner Infrastruktur“ ausspricht und erklärt, dass die „Mütter der Terroristen“ ebenso vernichtet werden sollten wie „die physischen Wohnungen, in denen sie die Schlangen heranzogen“.

26. Das RToP stellt fest, dass die juristische Definition von Völkermord den Nachweis eines spezifischen Vorsatzes seitens des Täters verlangt, nicht nur Menschen einer geschützten Gruppe als Ziel auszuwählen, sondern sie auch mit dem Vorsatz auszuwählen, diese Gruppe zu vernichten. Aufgabe eines Strafgerichtshofs wäre es –

¹⁵ Vömkonv. Art. III c

¹⁶ Ayelet Shaked ist Abgeordnete der nationalreligiösen Siedler-Partei „Jüdisches Heim“ von Wirtschaftsminister Naftali Bennett.

auf Basis einer genauen Prüfung der relevanten Beweise zum Zweck der Strafverfolgung derartiger Verbrechen – festzustellen, ob es in einer bestimmten Situation solch einen spezifischen Vorsatz gibt.

Das RToP stellt fest, dass ein alternatives, erweitertes Verständnis von Völkermord – weiter gefasst als das für die Zwecke von individueller strafrechtlicher Verantwortung definierte – für die Anwendung auf die Situation in Gaza vorgeschlagen wurde. Es zeigt sich doch, dass der kumulative Effekt des schon so lange andauernden Systems kollektiver Bestrafung in Gaza Lebensbedingungen schafft, die geeignet sind, in Gaza die schrittweise Vernichtung der Palästinenser als Gruppe herbeizuführen. Dieser Prozess wird verschärft durch das Ausmaß der Gewalt der Operation „Protective Edge“, durch die Fortsetzung der Belagerung von Gaza und die Verweigerung der Mittel zum Wiederaufbau. Das Tribunal weist mit Nachdruck darauf hin, dass ein System der Verfolgung, wie es weiter oben in Abschnitt III (Ziffer 16 und 17) beschrieben wurde, das Potential hat, zu einem Völkermord zu werden. Im Licht der deutlich feststellbaren Eskalation der physischen und rhetorischen Gewalt, wie sie sich im Sommer 2014 gegenüber Gaza entfaltete, betont das RToP mit Nachdruck die Verpflichtung aller Unterzeichner-Staaten der Völkermord-Konvention von 1948, „gemäß der Charta der Vereinten Nationen die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für die Verhütung und Bekämpfung von Völkermordhandlungen für geeignet erachten“¹⁷.

27. Das Verbot von Völkermord – und der „unmittelbaren und öffentlichen Anreizung zum Völkermord“ – ist eine zwingende Norm des Völkerrechts, „von der nicht abgewichen werden darf“¹⁸. Gemäß der Völkermord-Konvention von 1948 sollen Personen, die einen Völkermord begehen oder dazu aufrufen, „bestraft werden, gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind“¹⁹. Somit sind alle Staaten verpflichtet, die geeigneten Schritte zu unternehmen, in Übereinstimmung mit ihren rechtlichen Verpflichtungen, gegen die für solche Verbrechen Verantwortlichen zu ermitteln und sie strafrechtlich zu verfolgen. Weiterhin sind alle Staaten verpflichtet, sicherzustellen, dass der Staat Israel sich nicht – durch die Angehörigen seiner Armee und Regierung – auf Völkermord einlässt, nicht auf eine „Verschwörung zur Begehung von Völkermord“ oder die „unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord“ oder den „Versuch, Völkermord zu begehen“ oder die „Teilnahme am Völkermord“²⁰ 19.

¹⁷ Vömkonv. Art. VIII

¹⁸ Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. 05. 1969, Art. 53

¹⁹ Vömkonv. Art. IV

²⁰ Vömkonv. Art. III a-e

28. Die dem Tribunal vorliegenden Beweise zeigen, dass der Staat Israel es versäumt, seinen Verpflichtungen nachzukommen, die „unmittelbare und öffentliche Anreizung zum Völkermord“ zu verhindern und zu bestrafen. Diese Beobachtung stimmt überein mit der Warnung, die die Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Verhinderung von Völkermord und für die Schutzverantwortung (Responsibility to protect) im Juli 2014 in Reaktion auf Israels Vorgehen in Palästina ausgesprochen haben: „Wir sind gleichermaßen beunruhigt durch den hemmungslosen Gebrauch von Hassreden in den sozialen Medien, insbesondere gegen die palästinensische Bevölkerung.“ Die Sonderberater stellten fest, dass einzelne Israelis Botschaften verbreiteten, die Palästinenser entmenslichen könnten, und die zur Tötung von Angehörigen dieser Gruppe aufriefen. Die Berater betonten, dass Anstiftung zum Begehen von Gräueltaten nach den Bestimmungen des Völkerrechts verboten ist.

29. Bei früheren Sitzungen hat das RToP die Erkenntnis gewonnen, dass der israelische Staat ein Apartheidsystem auf Basis der Herrschaft der israelischen Juden über die Palästinenser etabliert. Zu der andauernden Belagerung und kollektiven Bestrafung der Palästinenser in Gaza, zu dem fortlaufenden Siedlungsprojekt im Westjordanland und den nun regelmäßig stattfindenden massiven militärischen Angriffen auf die Bevölkerung des Gazastreifens muss man das Anwachsen verschärfter rassistischer Hassreden hinzufügen. Es ist allgemein anerkannt, dass es in einer Situation, wo wiederholt Verbrechen gegen die Menschlichkeit straflos begangen werden und wo quer durch die Gesellschaft direkt und öffentlich zum Völkermord aufgerufen wird, sehr gut denkbar ist, dass Einzelne oder der Staat sich entschließen könnten, diese Bedingungen auszunutzen, um einen Völkermord zu begehen. Alarmiert durch die Zunahme von anti-palästinensischen Reden, die den Straftatbestand der „unmittelbaren und öffentlichen Anreizung zum Völkermord“ erfüllen, alarmiert durch das Versagen des israelischen Staates, seiner Verpflichtung zur Verhinderung und Bestrafung dieser Anstiftung zum Völkermord nachzukommen, sieht sich das RToP zu diesem Zeitpunkt gezwungen, die internationale Gemeinschaft auf die mögliche Gefahr eines Völkermords in Palästina aufmerksam zu machen. Im Verlauf dieser außerordentlichen Sitzung hat die Jury alarmierende Zeugenaussagen gehört; wir sind ernstlich besorgt, dass in einem Milieu der Straflosigkeit und dem Ausbleiben von Sanktionen für schwere und wiederholte Verbrechen die Lektionen von Ruanda und anderen grauenhaften Massenmorden erneut unbeachtet bleiben könnten.

IV. Folgerungen und Aktionen

30. Im Hinblick auf die oben aufgeführten Erkenntnisse ruft das Russell Tribunal zu Palästina den Staat Israel auf, unverzüglich

- die Besetzung zu beenden und das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser zu respektieren,
- seine Verpflichtungen nach dem Völkerrecht voll zu achten,
- den Opfern von Menschenrechtsverletzungen volle Wiedergutmachung zukommen zu lassen,
- alle politischen Gefangenen frei zu lassen,
- gegen jede Person, die in Verdacht steht, für internationale Verbrechen verantwortlich zu sein, ernsthaft zu ermitteln und sie [gegebenenfalls] juristisch zu verfolgen,
- aktiv jede Verletzung der Völkermord-Konvention zu verhindern und zu bestrafen.

31. Das RToP ruft Israel und Ägypten auf,

- unverzüglich die Belagerung und die Blockade von Gaza aufzuheben,
- den ungehinderten Wiederaufbau des Gaza-Streifens zu erlauben,
- den ungehinderten Zugang zu den Medien, zu humanitären u. Menschenrechts-Organisationen zu erlauben.

32. Das RToP ruft die Europäische Union auf, in Übereinstimmung mit der EU-Politik der restriktiven Maßnahmen

- die Ziele der Friedenswahrung zu verfolgen,
- die internationale Sicherheit zu stärken,
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu entwickeln und zu festigen,
- die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten, restriktive Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen und insbesondere
- das EU-Israel Assoziierungsabkommen auszusetzen,
- das Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen EU und Israel auszusetzen,
- unverzüglich die Zusammenarbeit mit der israelischen Militär-Industrie zu beenden,

- ein umfassendes Waffen-Embargo über Israel zu verhängen einschließlich des Verbots von Verkauf, Lieferung, Transfer oder Export von Waffen und verwandtem Material aller Art, sowie
- das Verbot, Finanzierungen und technische Hilfe zur Verfügung zu stellen, Vermittlungsdienste und andere Dienste in Verbindung mit militärischen Aktivitäten zu leisten,
- die Einfuhr jeglicher militärischer Ausrüstung von Israel auszusetzen,
- Israel und Palästina aktiv aufzufordern, unverzüglich das Römische Statut in Übereinstimmung mit der EU Politik gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof zu ratifizieren,
- Kostenerstattung für Schäden an von der EU und/ oder EU-Mitgliedstaaten finanzierten und vom israelischen Militär zerstörten Infrastruktur zu verlangen,
- für die Umsetzung der Empfehlungen des Internationalen Gerichtshofs in dessen Rechtsgutachten aus dem Jahr 2004 zur Rechtmäßigkeit der Mauer einzutreten und entsprechend tätig zu werden.
- Alle EU-Mitgliedstaaten sind aufgefordert, den Staat Palästina anzuerkennen.

33. Das RTOP ruft die UN-Mitgliedstaaten auf

- Alle Staaten sind aufgerufen, daran mitarbeiten, die illegale Situation, die sich aus Israels Besatzung, Belagerung und Verbrechen im Gaza-Streifen ergibt, zu beenden. Angesichts der Verpflichtung, keine Hilfe oder Unterstützung zu gewähren, müssen alle Staaten angemessene Maßnahmen ins Auge fassen, hinreichend Druck auf Israel auszuüben, einschließlich der Auferlegung von Sanktionen, der kollektiven Aussetzung diplomatischer Beziehungen durch internationale Organisationen oder, beim Fehlen eines Konsenses, individuell die bilateralen Beziehungen mit Israel abzubrechen.
- Die UN-Vollversammlung ist aufgerufen, zu einem umfassenden Waffenembargo gegen den Staat Israel aufzufordern.
- Alle Staaten sind aufgerufen, ihrer Verpflichtung nachzukommen, „gemäß der Charta der Vereinten Nationen solche Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angemessen erachten für die Verhinderung und Unterdrückung von Akten des Völkermords“, und “die Achtung der 4. Genfer Konvention sicherzustellen“ (Genfer Konventionen, Common Art. 1).

- Die Vereinigten Staaten und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind aufgerufen, die Palästinensischen Behörden nicht länger unter Druck zu setzen, von der Einschaltung der Mechanismen der internationalen Justiz abzusehen.
- Alle Parteien sind aufgerufen, mit dem Untersuchungsausschuss der UN-Menschenrechtskommission zusammenzuarbeiten und sicherzustellen, dass der Kommission zum Zwecke ihrer Untersuchungen uneingeschränkter Zugang zu Israel und Gaza gewährt wird.
- Die UN-Menschenrechtsmechanismen sind aufgerufen, die Verletzungen der Grundfreiheiten und der Rechte der Journalisten, Medien-Vertreter und des medizinischen Personals zu untersuchen.
- Geberstaaten sind aufgerufen, eine vollständige Umstrukturierung des Systems der internationalen Hilfe in Palästina vorzunehmen, so dass diese nicht länger die israelische Besetzung und Zerstörung unterstützt.
- Alle Staaten sind aufgerufen, die volle Verwirklichung der palästinensischen Selbstbestimmung, einschließlich voller UN-Mitgliedschaft zu unterstützen.
- Im Lichte der UN-Doktrin von der „Responsibility to Protect“ sind alle Staaten aufgerufen sicherzustellen, dass angesichts der fortgesetzten Verweigerung der palästinensischen Menschenrechte Schritte unternommen werden, weitere Gräueltaten zu verhindern.

34. Die Palästinensischen Behörden sind aufgerufen

- Der Staat Palästina soll ohne weitere Verzögerung dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs beitreten.
- Er soll mit der Untersuchungskommission des Menschenrechtsrats vollumfänglich zusammen arbeiten.
- Er soll die Mechanismen der internationalen Justiz in vollem Umfang einschalten

35. Die Zivilgesellschaft der Welt wird aufgerufen

- Die Zivilgesellschaft der Welt soll die Bewegung Boykott, Desinvestition [Kapitalentzug] und Sanktionen [BDS] umfassend unterstützen, entwickeln und erweitern.
- Sie soll Aktivitäten unterstützen, die darauf abzielen, israelischen Firmen und Organisationen, die die Besetzung unterstützen oder von ihr profitieren, den Zugang zu internationalen Märkten zu verweigern.

- Sie soll Solidarität mit Aktivisten üben, die Schritte unternehmen, Firmen zu schließen, die das Begehen von Verbrechen an Palästinensern unterstützen und begünstigen wie beispielsweise Elbit Systems in Großbritannien.

- Sie soll gegenüber Regierungen als Lobby agieren und Druck ausüben, damit diese unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, dass sie nicht zu israelischen Verbrechen beitragen, und um zu gewährleisten, dass sie in Übereinstimmung mit den Geboten und Grundsätzen des Völkerrechts handeln.

„Ich wünsche euch allen, jedem von euch, euren eigenen Beweggrund für Empörung zu haben. Das ist kostbar. Wenn euch etwas empört, werdet ihr kämpferisch, stark und engagiert“ - Stéphane Hessel

Übersetzung: Angela Krause, Eckhard Lenner, Gisela Siebourg. Wertvolle Verbesserungsvorschläge steuerten bei: Norman Paech und Oliver Coste.

Cafe Palestine Freiburg / Dr. Gabi Weber: Liebe Leserinnen und Leser,

der Gazastreifen, der vor einem Jahr zum dritten Mal innerhalb von 6 Jahren einem weiteren israelischen Inferno ausgesetzt war, bleibt von der Außenwelt abgeriegelt, wird am Wiederaufbau gehindert.

Ein Boot der Free Gaza Flotilla 3 wurde gestern (28.06.2015) in internationalen Gewässern von der israelischen Marine gekapert, weitere Boote wurden von griechischen Behörden an der Weiterfahrt gehindert.

Auch acht junge Breakdancer der Gaza Camps Breakerz, die seit letzte Woche mit ihrer Show "Gaza Is Alive - Gaza Lebt - غزة على قيد الحياة" auf Europa-Tournee sein wollten, dürfen den Gazastreifen nicht verlassen. Israel hat ihnen die Ausreise, obwohl sie schon eine Genehmigung hatten, in der letzten Minute doch verweigert.

Wenn sogar jungen Menschen die Möglichkeit zu reisen, neue Erfahrungen zu machen, Freundschaften zu knüpfen, die Welt zu sehen, genommen wird, dann haben wir verloren.

Ich bitte Jede/Jeden von Ihnen, protestieren Sie bei unseren Politikern, bei der israelischen Botschaft in Berlin, bei der deutschen Botschaft in Tel Aviv - schreiben Sie Briefe, telefonieren Sie, machen Sie Druck. Wir dürfen das nicht weiter hinnehmen!

Die Jugend soll doch unsere Zukunft sein? Wie kann sie das, wenn wir ihr die Zukunft nehmen?

Zwei der Tänzer befinden sich schon in Deutschland, sie werden auf alle Fälle die Tournee mit ihrer Betreuerin Cécile Hertel durchführen. Für Fragen und Hilfsangebote können Sie Cécile Hertel unter cecile@hertel-baumpflege.de kontaktieren.

Herzliche Grüße sendet Gabi Weber, Cafe Palestine Freiburg

Free Gaza Flotilla 3

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009259.html>

<http://www.nzz.ch/international/naher-osten-und-nordafrika/israels-marine-entert-pro-palaestinaschiff-1.18570660>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/israel-gaza-flottille-gestoppt-1.2543010>

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/gaza-israel-hilfsflotte-marianne-palaestinenser>

<http://www.aljazeera.com/news/2015/06/gaza-bound-flotilla-seized-israeli-navy-150629032943407.html>

Dr. Gabi Weber, Freiburg

Die KKE zur aktuellen Lage in Griechenland

ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE): Aufruf zum 1. Mai 2015, dem Kampftag der Arbeiter- klasse

Die KKE wendet sich an die Arbeiter, die Arbeitslosen, die Rentner, die werktätigen Frauen, die Jugendlichen, an alle Werktätigen, die unter den Folgen der volksfeindlichen Politik der EU und der Herrschaft der Monopole leiden, der auch die neue Koalitionsregierung von SYRIZA und ANEL dient.

Die KKE wendet sich vertrauensvoll an die Klasse, die den gesellschaftlichen Reichtum produziert, an die Klasse der gesellschaftlichen Avantgarde, die den Kampf für den Sturz des barbarischen kapitalistischen Ausbeutungssystems und den Aufbau der neuen Gesellschaft, des Sozialismus-Kommunismus, führen kann. Sie kann bei diesem Kampf alle unterdrückten Volksschichten einen.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution 1917 hat bewiesen, dass die Arbeiterklasse die revolutionäre Kraft unserer Zeit ist, der „Überwinderin des alten und die Erbauerin des neuen Lebens“, und dass der Sozialismus-Kommunismus notwendiger und aktueller denn je ist.

Wir ehren die toten Arbeiter von Chicago vom 1. Mai 1886, die 200 hingerichteten Kommunisten in Kaisariani im Mai 1944, die toten Tabakarbeiter im Mai 1936 in Thessaloniki, die Millionen unbeugsamen Klassenkämpfer, die gekämpft haben, gefoltert und inhaftiert wurden, die ihr Leben für die Rechte ihrer Klasse geopfert haben. Wir ehren alle Toten der Arbeiterklasse, alle Opfer von Verbrechen der so genannten „Arbeitgeber“ und der Willkür in den Arbeitsstätten.

In wenigen Tagen begehen wir den 70. Jahrestag des großen antifaschistischen Sieges der Völker, der durch die gigantischen Anstrengungen des ersten sozialistischen Arbeiterstaates, der UdSSR, der kommunistischen Parteien und der Arbeiterbewegungen erreicht wurde.

Seine Botschaften bleiben auch heute aktuell und inspirieren den Kampf gegen den Kapitalismus, denn letzterer gebiert den Faschismus zusammen mit der Krise, dem Krieg und dem Antikommunismus.

Wir drücken unsere Solidarität mit den tausenden Migranten und Flüchtlingen aus, die Opfer der imperialistischen Kriege und Interventionen, der reaktionären Regimes sind. Sie versuchen der Armut und dem Tod zu entgehen, begegnen Sklavenhändlern, den Repressionsmaßnahmen der EU, dem Desinteresse der Regierungen und dem Rassismus der Chrysi Avgi²¹ und anderer reaktionären Zentren des Systems, die so versuchen, die Arbeiterklasse zu spalten.

Der 1. Mai ist für die gesamte Arbeiterklasse ein Tag des Gedenkens, aber hauptsächlich ein Tag der Verantwortung jeder Arbeiterin und jeden Arbeiters bei der Organisation des Klassenkampfes, der Rekonstituierung der Arbeiter- und Volksbewegung sowie der Stärkung des Volksbündnisses. Dies sind die wichtigsten Voraussetzungen, damit die kapitalistische Barbarei bekämpft wird und die dringenden Bedürfnisse der Familien der Arbeiterklasse und der Volksschichten befriedigt werden können. Die Regierung SYRIZA-ANEL hat die Staffel von der ND-PASOK-Regierung übernommen und befolgt den gleichen Weg der EU und der kapitalistischen Profite.

Deswegen hält sie am gesamten arbeiterfeindlichen Gefüge der vorherigen Regierungen, an den vielen Gesetzen fest, die im Rahmen der Memoranden beschlossen wur-

²¹ Eine der faschistischen Parteien in Griechenland

den. Sie plant jetzt, diese Gesetze mit neuen volksfeindlichen Verpflichtungen aus den neuen Abkommen und den neuen Memoranden zu stärken.

Die Privatisierungen, die Steuerjagd auf das Volk, die jetzt „patriotische“ Pflicht genannt wird, während die provokativen Steuerentlastungen für das Kapital weiterhin bestehen, die Vereinheitlichung der Rentenkassen, die Rentenkürzungen zur Folge hat, der Raub an den Rücklagen der Arbeitsämter, der Krankenkassen und anderer öffentlichen Einrichtungen per Gesetz, damit die Raten an die internationalen Finanzinstitutionen „fristgerecht“ gezahlt werden, offenbaren, zu Gunsten welcher Klasse die Regierung verhandelt. Zur gleichen Zeit gibt es über 1,5 Millionen Arbeitslose; die meisten von ihnen bekommen nicht einmal das ohnehin dürftige Arbeitslosengeld.

Der Angriff auf das Einkommen der Arbeiter und der Volksschichten wird ungemindert fortgesetzt. Die angeblichen Reformen der Regierung für den Mindestlohn und für die Tarifverträge werden zu keiner Erhöhung des Arbeitereinkommens, sondern zu weiteren Senkungen der Branchenlöhne führen.

Die wiederholt erwähnte „Wiedereinführung des Mindestlohnes von 751 €“ wird immer weiter in die Ferne verschoben und bietet so den Großkapitalisten die Gelegenheit, den Durchschnittslohn anzupassen und zu senken. Zur gleichen Zeit arbeiten Tausende Menschen für einen Lohn von deutlich unter 600 € pro Monat, während die flexiblen Arbeitsverhältnisse sich blitzartig vermehren. In jedem Fall wird der Strategie des Kapitals zur Senkung des Preises der Arbeitskraft weiter gedient.

Der Ausgleich für die früheren Verluste an Löhnen und Rechten ist ein Fremdwort für die Regierung. Sie hält diese Verluste für unwiederbringlich, nach dem Motto "aus den Augen - aus dem Sinn". Der Reichtum, auf den die Werk tätigen in all diesen vergangenen Jahren verzichtet haben, den die Unternehmer ohne Mühe verdient haben, wird Letzteren von der Regierung geschenkt. Die „Arbeitgeber“ verlangen immer noch weitere Vergünstigungen, Entlastungen von Sozialversicherungsbeiträgen und weitere Zuschüsse für ihre Profite.

Die „harten“ und „stolzen“ Verhandlungen der Regierung sind ein großer Werbetrick. Ziel der Verhandlungen der SYRIZA-ANEL-Regierung ist nicht eine Entlastung der Werk tätigen und eine Abschaffung der Memoranden und deren Folgen für das Leben der Arbeiterklasse, sondern die Interessen der Monopole.

Sie versucht mit einer anderen Politik-Mischung die Investitionen, die Konkurrenzfähigkeit und die Profite zu stützen, und verwaltet dadurch die kapitalistische Barbarei.

Auf dieser Grundlage läuft auch die Auseinandersetzung innerhalb der EU, die sich nicht verändern kann, wie SYRIZA behauptete, sondern weiterhin als eine Vereinigung kapitalistischer Staaten arbeiter- und volksfeindlich bleibt – und bleiben muss.

Die letzten Entwicklungen bestätigen, dass es innerhalb der EU, der Herrschaft und Wirtschaft des Kapitals, der Anerkennung der Schulden und ihrer Abzahlung für alle Ewigkeit, keine Lösung zu Gunsten des Volkes geben kann.

Im Gegenteil, es wird mehr angsteinflößende Erpressungen und Nötigungen geben, und das Volk wird aufgerufen, zwischen "Pest und Cholera" zu wählen. Jede Auseinandersetzung innerhalb der EU und innerhalb der Herrschaft der Monopole, die lediglich ihre jeweils unterschiedlichen Interessen vertreten, ist ein Schein-„Bruch“. Sie dient den Interessen eines Teils des Kapitals, der Nutzen aus einem möglichen Austritt Griechenlands aus der Eurozone und einer entwerteten Währung ziehen wird. Deswegen darf sich die Arbeiterklasse und das Volk nicht bei dem Dilemma einfangen lassen, ob es mit Euro oder Drachme, mit innerer oder externer Entwertung oder mit irgendeinem anderen Szenario insolvent wird.

Der Ausweg liegt beim organisierten Kampf für die Rekonstituierung der Arbeiterbewegung und der Stärkung des Volksbündnisses, das für Entlastungsmaßnahmen, für die Rücknahme der in den letzten Jahren durchgesetzten ökonomischen und gesellschaftlichen Verluste der Arbeiterklasse, für die Abschaffung des arbeiter- und volksfeindlichen Rahmens der EU-Finanzen und der diversen Memorandumsgesetze und für die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes kämpfen wird.

Für eine endgültige Lösung zu Gunsten des Volkes ist ein wirklicher Bruch erforderlich: Bruch mit der Herrschaft des Kapitals, Loslösung aus der EU, einseitige Streichung der Schulden.

Dies bedeutet, dass die Arbeiterklasse mit den Volksschichten in Stadt und Land an die Macht kommen muss, damit die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum unter Arbeiterkontrolle werden, damit die Produktion und die sozialen Dienstleistungen zentral für das Wohl des Volkes geplant werden.

Unter diesen Voraussetzungen kann die für die Interessen des Volkes notwendige Entkoppelung von allen imperialistischen Vereinigungen und Bündnissen erreicht werden.

Athen, 26. April 2015

KKE: Die SYRIZA-Regierung in Reih und Glied beim NATO-Chor (20.05.2015)

Es waren doch nicht so viele NATO-Treffen vonnöten, damit sich die "linkspatriotische" SYRIZA-ANEL-Regierung „akklimatisierte“.

Aus dem türkischen Antalya sang der Außenminister der SYRIZA-ANEL-Regierung N. Kotzias Hand in Hand mit den restlichen NATO-Falken das Lied "We are the World". "Wir sind die Welt, wir sind die Kinder...", wie der Liedtext sagt.

Laut Presseberichten hat Kotzias sogar das Schunkeln beim Chorsingen angeführt. Er hat sich also hervor getan, der NATO einen Heiligenschein zu verpassen.

Die Anpassung der griechischen Regierung an die führenden Propagandisten der NATO und an die imperialistische Barbarei darf uns nicht überraschen. Der Außenminister N. Kotzias und seine Regierung haben schließlich sehr hart in den wenigen Monaten gearbeitet und beteuerten von Anfang an, sich für die Interessen der Bourgeoisie einzusetzen. Das machen die Militärstützpunkte der USA und der NATO in Souda, Aktio und anderswo deutlich, die systematisch den Völkern den Tod bringen, überall dort, wo die Interessen der Imperialisten es für notwendig halten. Das zeigt die Beteiligung Griechenlands an breit angelegten Militärübungen in Kooperation mit den USA und Israel. Das zeigt die Beteiligung Griechenlands an den imperialistischen Planungen der EU in der Ukraine, in Afrika, im Nahen Osten und anderswo.

Genauso wie die Regierung die EU-Strategie umsetzt, realisiert sie auch die NATO-Strategie, und macht sich solche Vorwände wie "Bekämpfung der Dschihadisten" oder "Schutz der christlichen Bevölkerungen" zu eigen, die das Land und das griechische Volk in große Gefahren verwickeln. Das bezeugt auch die Zahlung von 500 Millionen US-Dollar für die Umrüstung von Seeaufklärungsflugzeugen für den NATO-Bedarf, eine Summe, die den Finanzrahmen des „Gesetzes der Regierung für die Humankrise“, das die Folgen der extremen Armut bekämpfen soll, um das Doppelte übersteigt.

Hinzu kommt, dass der Verteidigungsminister der SYRIZA-ANEL-Regierung, P. Kamenos, das Angebot gemacht hat, in der südöstlichen Ägäis den USA eine griechische Insel zu überlassen, um darauf einen neuen Luftwaffenstützpunkt einzurichten.

Keine Überraschung also! Auch die letzten Illusionen sollten verfliegen. Die SYRIZA-ANEL-Regierung vertritt sowohl die griechische Bourgeoisie als auch die EU und die NATO.

Ihren drastischen Widerspruch dagegen brachten Tausende Demonstranten zum Ausdruck, die am 17. Mai am großen Friedensmarsch teilgenommen haben, der über 42

Kilometer von Marathon nach Athen verlief. Der Friedensmarathon wurde zum 35. Mal vom Griechischen Komitee für die Internationale Entspannung und den Frieden (EEDYE) organisiert.

An der Veranstaltung nahm auch der Generalsekretär des ZK der KKE, Dimitris Koutsoumbas teil, der gegenüber den Medienvertretern erklärte:

"Die Regierung fand in den vergangenen drei Monaten Zeit und Geld, um mit dem US-amerikanischen Unternehmen Lockheed einen Vertrag abzuschließen, damit 500 Millionen US-Dollar für die Umrüstung von überalterten Flugzeugen für NATO-Zwecke zur Verfügung gestellt werden können.

Die Minister der Regierung finden Zeit für Erklärungen, dass sie den Suda-Stützpunkt erweitern werden, dass ein neuer NATO-Stützpunkt auf einer Ägäis-Insel eingerichtet werden soll und dass die Streitkräfte unseres Landes für die imperialistischen Interventionen der USA und der NATO in der Mittelmeerregion verfügbar ein sollen.

Sie finden aber keine Zeit, um die Probleme des Volkes zu lösen, um die Memoranden und die Durchführungsgesetze abzuschaffen.

Im Gegenteil bereiten sie eine neue, beschämende Vereinbarung mit neuen volksfeindlichen Maßnahmen vor, sie stellen das Volk vor falsche, desorientierende Dilemmas.

Der Marathon-Friedensmarsch heute sowie alle anderen kämpferischen Veranstaltungen und Widerstandsansätze, die in dieser Zeit in unserem Land sich entfalten, zeigen den Weg, den jeder Mensch guten Willens beim Kampf gehen muss, gegen die imperialistischen Kriege und Interventionen, gegen die EU und die NATO, gegen die Monopole und ihre Herrschaft“.

KKE, 20.5.2015

ZK der KKE: Das Referendum vom 5. Juli und die Haltung der KKE

Die Regierung der „linken“ und im Grunde sozialdemokratischen Partei SYRIZA und der „rechten“, nationalistischen Partei ANEL, kündigte für den 5. Juli die Durchführung einer Volksabstimmung an. Das ist ein Versuch, mit dem vollständigen Zusammenbruch ihrer Wahlversprechen zurecht zu kommen. Die einzige Frage dieses Referendums ist, ob die Wählerinnen und Wähler dem Vorschlag der EU, IWF und EZB zustimmen oder nicht. Dieser Vorschlag beinhaltet die Fortführung der volksfeindlichen Maßnahmen für einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise, mit einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone.

Die Vertreter der Koalitionsregierung rufen das Volk auf, mit NEIN abzustimmen, und machen deutlich, dass dieses NEIN von der griechischen Regierung als Annahme des eigenen Vorschlags für eine Vereinbarung mit EU, IWF, EZB interpretiert wird, dessen 47+8 Seiten ebenfalls harte arbeiter- und volksfeindliche Maßnahmen beinhalten. Ziel auch dieses Vorschlags ist die Profitsteigerung des Kapitals, das kapitalistische „Wachstum“ und der Verbleib des Landes im Euro. Die SYRIZA-ANEL-Regierung, die die EU, unser „gemeinsames europäisches Haus“ und die „europäischen Errungenschaften“ ununterbrochen lobt, räumt ein, dass ihr Vorschlag zu 90 % mit dem Vorschlag von EU, IWF und EZB übereinstimmt und mit den Wahlversprechen von SYRIZA so gut wie nichts mehr zu tun hat.

Die Parteien der Koalitionsregierung wurden von der faschistischen „Goldenen Morgendämmerung“ flankiert, die sich für das NEIN beim Referendum ausgesprochen und offen für die Rückkehr zu einer nationalen Währung Stellung genommen hat.

Auf der anderen Seite befürwortet die Rechtsopposition, bestehend aus Nea Dimokratia und der sozialdemokratischen PASOK, die bis Januar 2015 zusammen regierten, mit der formell zentristischen, aber im Grunde reaktionären Partei „Der Fluss“ das JA zu den barbarischen Maßnahmen der Troika, und erklären, dass dies Zustimmung und Verbleib in der EU unter allen Bedingungen bedeuten wird.

In Wirklichkeit führen beide Antworten, die der Regierung und die der Opposition, zum JA zur Europäischen Union und zur kapitalistischen Barbarei.

Während der Parlamentssitzung vom 27. Juni lehnte die SYRIZA-ANEL-Regierungsmehrheit den Antrag der KKE ab, auf dem Abstimmungszettel des Referendums auch folgende Fragen aufzunehmen:

NEIN ZU DEN VEREINBARUNGSVORSCHLÄGEN DER EU-IWF-EZB UND DER GRIECHISCHEN REGIERUNG.

LOSLÖSUNG AUS DER EU – ABSCHAFFUNG DER MEMORANDEN UND ALLER DAZUGEHÖRIGEN DURCHFÜHRUNGSGESETZE.

Durch diese Haltung bewies die Regierung, dass sie das Volk erpressen will, um ihren Vorschlag an die Troika zu befürworten. Dieser Vorschlag ist die andere Seite derselben Medaille. Die Regierung verlangt also vom Volk, ihre Pläne zu befürworten und sich die Folgen ihrer neuen volksfeindlichen Beschlüsse aufzubürden. Diese Beschlüsse betreffen entweder eine neue, angeblich „verbesserte“ Vereinbarung mit den imperialistischen Organisationen, oder einen Austritt aus dem Euro und eine Rückkehr in die nationale Währung, wofür wieder das Volk die Rechnung bezahlen soll.

Unter diesen Bedingungen ruft die KKE das Volk auf, das Referendum als eine Möglichkeit zu nutzen, um das Infragestellen der EU und den Kampf für den einzigen,

realistischen Ausweg aus der heutigen kapitalistischen Barbarei zu verstärken. Dieser Kampf kann nur folgenden Inhalt haben:

BRUCH – LOSLÖSUNG AUS DER EU, EINSEITIGE SCHULDENSTREICHUNG, VERGESELLSCHAFTUNG DER MONOPOLE, ARBEITER- UND VOLKSMACHT.

Das Volk soll mit seinem Handeln und seiner Stimme auf die hinterlistige Frage der Regierung antworten und sowohl dem Vorschlag der EU-IWF-EZB, als auch dem Vorschlag der Regierung SYRIZA-ANEL eine Abfuhr erteilen. Beide Vorschläge beinhalten barbarische volksfeindliche Maßnahmen, die zu den bestehenden Memoranden und Durchführungsbestimmungen der vergangenen Regierung ND-PASOK hinzukommen werden. Beide Vorschläge dienen den Interessen des Kapitals und den kapitalistischen Profiten.

Das Volk soll nicht zwischen Pest und Cholera wählen müssen, sondern mit allen Mitteln und Wegen beim Referendum seinen Widerspruch gegenüber der EU und den Dauermemoranden zum Ausdruck bringen. Das Volk soll dieses Dilemma für ungültig erklären, indem es in die Wahlurne den Vorschlag der KKE einwirft:

NEIN ZUM VORSCHLAG DER EU-IWF-EZB!

NEIN AN DEN VORSCHLAG DER REGIERUNG!

LOSLÖSUNG AUS DER EU, MIT DEM VOLK AN DER MACHT!

ZK der KKE

KKE: Zum Ergebnis des Referendums: Keine Befürwortung für die volksfeindlichen Vereinbarungen

Am 5. Juli 2015 wurde in Griechenland ein Referendum mit der Frage durchgeführt, ob die Bürgerinnen und Bürger dem Vorschlag der EU, IWF und EZB bezüglich der Fortsetzung der Maßnahmen zu Lasten des Volkes in Höhe von 8 Milliarden Euro zustimmen oder nicht.

Die Regierungsmehrheit SYRIZA-ANEL lehnte den Antrag der KKE ab, die Wählerinnen und Wählern auch über den Regierungsvorschlag, sowie über die Frage der Abschaffung der volksfeindlichen Gesetze der letzten Jahre und die Frage der Loslösung aus der EU abstimmen zu lassen.

Die Koalitionsregierung erklärte mehrfach, dass sie das NEIN beim Referendum als Befürwortung für ihren eigenen Vorschlag mit der EU, IWF und EZB interpretiere, der ebenfalls harte Maßnahmen in Höhe von ca. 8 Milliarden Euro

beinhaltete. Unter diesen Bedingungen rief die KKE die Werktätigen auf, der irreführenden Fragestellung des Referendums mit jedem geeigneten Mittel den Rücken zu kehren. Mitglieder und Sympathisanten der Partei verteilten vor den Wahllokalen die eigenen Wahlzettel folgenden Inhalts:

NEIN ZUM VORSCHLAG VON EU, IWF, EZB

NEIN ZUM VORSCHLAG DER REGIERUNG

LOSLÖSUNG AUS DER EU, MIT DEM VOLK AN DER MACHT

Es war uns klar, dass dieser Wahlzettel als ungültig erklärt werden würde. Er würde aber zusammen mit den leeren Wahlzetteln und der Anzahl der Nichtwähler eine politische Strömung darstellen, die den Kurs der SYRIZA-ANEL-Regierung, sowie die Linie der imperialistischen Organisationen, mit denen sie verhandelt, in Frage stellen.

Es sei angemerkt, dass außer den Parteien SYRIZA und ANEL im NEIN-Lager sich die faschistische Goldene Morgendämmerung, sowie andere kleine nationalistische und ultralinke politische Gruppen wie ANTARSYA einreihen.

Auf der anderen Seite erklärten die JA-Befürworter, dass die Ja-Stimmen als Zustimmung für „den Verbleib im Euro um jeden Preis“ interpretiert werden sollen. Im JA-Lager schlossen sich die Rechtsopposition ND, die sozialdemokratische PASOK, die Partei „Der Fluss“, KIDISO (vom ehemaligen Ministerpräsidenten G. Papandreou) und andere kleinere bürgerliche politische Kräfte zusammen.

Referendum 2015

Abgegebene Stimmen:	5.803.987
Ungültige Stimmen:	310.812
Leere Stimmzettel:	46.241

	Prozent der gültigen Stimmen	Prozent der abgegebenen Stimmen
Ungültige/leere Stimmzettel:		5,80
Nein-Stimmen:	61,31	57,75
Ja-Stimmen	38,69	36,45

Quelle: KKE

Generalsekretär des ZK der KKE, Dimitris Koutsoumbas: **Erklärung zum Ergebnis des Referendums vom 5. Juli 2015**

Wir grüßen die Tausende Menschen, die dem Aufruf der KKE gefolgt sind, sich dem Druck der Erpressungen nicht zu beugen. Unser Gruß gilt besonders den Wählerinnen und Wählern, die den Stimmzettel der KKE in die Urne eingeworfen haben, einen Vorschlag, dessen Zulassung für das Referendum von der Regierung im Parlament blockiert wurde. Dadurch wurde dem Volk das Recht verweigert, für diesen Vorschlag zu stimmen, es wurde ihm die Möglichkeit genommen, zwischen verschiedenen Vorschlägen auswählen zu können.

Gegenüber der bruchstückhaften und widersprüchlichen Fragestellung des Blitz-Referendums konnte ein Teil des Volkes der Irreführung entkommen, gab eine erste Antwort mit ungültigen oder weißen Wahlzetteln, während viele andere Menschen dieser Abstimmung, schon wegen der finanziellen Schwierigkeiten und der hohen Reisekosten zu den Wahlorten fernblieben.

Seit dem ersten Moment nach dem Beschluss zur Durchführung des Referendums haben wir zutreffend festgestellt, dass es unabhängig vom Wahlausgang für das Volk keine wirklich positiven Alternativlösungen innerhalb der EU, des kapitalistischen Weges, der Anerkennung der Schulden, geben kann. Diese Lösungen befürworten alle anderen politischen Kräfte, sowohl aus dem NEIN-, als auch aus dem JA-Lager, sie sind sich in der Notwendigkeit für die Einhaltung der EU-Regeln und der Verteidigung der Interessen der Teile des Kapitals einig, die sie jeweils vertreten.

Wir wenden uns besonders an die Wählerinnen und Wähler, die heute für NEIN gestimmt haben in dem Glauben, dass damit der Austeritätspolitik ein Ende gesetzt werden kann, dass sie dadurch den harten Maßnahmen und den Memoranden Paroli bieten können. Wir rufen alle auf, die sich heute durch den Sieg des NEIN bestätigt fühlen, sich nicht zurückzulehnen und den Versuch der Regierung zu billigen, dieses NEIN zu einem JA zu den neuen volksfeindlichen Vereinbarungen umzuwandeln. Wir reichen ihnen die Hand für die kommenden Kämpfe gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen.

Entsprechend wenden wir uns auch an die Wählerinnen und Wähler, die unter dem Druck der Arbeitgeber, unter der Angst der geschlossenen Banken und der Sorge um ihren Lohn, ihre Rente, ihre Klein-Ersparnisse mit JA gestimmt haben. Wir rufen sie auf, ihre Wahl zu überdenken, sich den Erpressungen von heute an zu widersetzen, nicht in konservative und reaktionäre Richtungen abzurutschen und somit Wasser auf die Mühle vergangener Regierungsparteien zu gießen.

Die Koalitionsregierung SYRIZA-ANEL darf es nicht wagen, das Ergebnis des Referendums dazu zu nutzen, über unser Volk neue harte Maßnahmen, neue Dauermemoranden zu verhängen. Die Vereinbarungen, die Herr Tsipras auf der Grundlage seines Vorschlags von vor drei Tagen an die "drei Institutionen", d.h. an die Troika, versprochen hat, führen mit mathematischer Genauigkeit zu einem neuen, schlimmeren Memorandum. Er legitimiert dadurch die vergangenen Memoranden einschließlich Durchführungsgesetzen, und mehr noch: er zögert nicht, das Volk zu einer wirklichen Insolvenz zu führen. Die andere mögliche Alternative, über die auch die Troika gesprochen hat, d.h. die Einleitung des Weges für den Euro-Austritt ist auch eine Option, die nur die Arbeiterklasse und die anderen Volksschichten treffen wird.

Daher ist es zwingend notwendig, dass sich die Bewegung und das Volk im großen Maßstab dem Vorschlag der KKE für den Ausweg aus der Krise anschließen. Voraussetzungen für den Ausweg sind: die Vergesellschaftung der Monopole, die Loslösung von der EU, die Nichtanerkennung und einseitige Streichung der Schulden, die wissenschaftlich angelegte Zentralplanung der Wirtschaft für die Entwicklung der Gesellschaft, für das Volk und mit dem Volk wirklich an der Macht. Die KKE wird bei allen Kämpfen unseres Volkes auch in der kommenden Zeit in erster Reihe stehen. Wir stärken weiterhin den antimonopolistischen, antikapitalistischen Kurs des Kampfes, den Zusammenschluss mit der KKE.

Wir organisieren den Widerstand, die Bereitschaft, die Vorbereitung für den eventuellen Fall neuer negativer Entwicklungen. Wir unterstützen die Schwachen und die Verachteten. Wir organisieren Aktivitäten für das Überleben der Familien aus den Volksschichten durch Aktionskomitees in den Arbeitsstätten, in den Betrieben, in den Krankenhäusern, in den Supermärkten, in den Ämtern, durch die Volkskomitees in den Stadtteilen, durch Solidaritäts- und Hilfsgruppen, durch Gruppen und Komitees für Kontrolle.

Unsere Antwort auf den Versuch der Polarisierung und der Spaltung des Volkes ist die Einheit der Arbeiterklasse, der klassenorientierte Zusammenschluss innerhalb der Bewegung und die Stärkung des Volksbündnisses. Der Vorschlag der KKE vereint die Mehrheit des Volkes für die Gegenwart und die Zukunft, gegen den wirklichen Gegner, die EU, das Kapital und ihre Herrschaft.

Athen, 5. Juli 2015

"Ja" und "Nein": finden Sie die Unterschiede!

	SYRISA/ANEL Vorschlag vom 25.6.15	EU/EZB/IWF Vorschlag vom 26.6.15	SYRIZA/ANEL Vorschlag vom 30.6.15
Rentenausgaben	Einsparungen: 2015: bis 0,5 % des BIP 2016: bis 1 % des BIP	Einsparungen: 2015: bis 0,5 % des BIP 2016: bis 1 % des BIP	Einsparungen 2015: bis 0,5 % des BIP 2016: bis 1 % des BIP
Solidaritätszulage für Rentner	stufenweise abschaffen 2018-2020	vollständig abschaffen bis 2019	vollständig abschaffen bis 2019
Renteneintrittsalter	stufenweise Erhöhung auf 67 Jahre bis 2025	stufenweise Erhöhung auf 67 Jahre bis 2022	stufenweise Erhöhung auf 67 Jahre bis 2022
Erhöhung der Krankenkassenbeiträge bei den Hauptrenten	von 4% auf 5 %	von 4% auf 6 %	von 4% auf 6%
Einführung der Krankenkassenbeiträge bei den Zusatzrenten	5%	6%	6%
Erhöhung der Beiträge für die Zusatzrenten (bei Lohnabhängigen)	von 3% auf 3,5%	von 3% auf 3,5%	von 3% auf 3,5%
Erhöhung der Krankenkassenbeiträge (bei Lohnabhängigen)	von 4% auf 5%	von 4% auf 5%	von 4% auf 5%
Vorruhestandsregelung	Erhöhung der Abschläge um 10%	Erhöhung der Abschläge um 10%	Erhöhung der Abschläge um 10%
Gehälter im Öffentlichen Dienst	Senkung am 1.1.2016	Senkung ab 1.1.2016	Senkung ab 1.1.2016
Mehrwertsteuersätze	23% auf alle verpackten und industriell aufbereiteten Lebensmittel	23% auf alle verpackten und industriell aufbereiteten Lebensmittel	23% auf alle verpackten und industriell aufbereiteten Lebensmittel
	13% auf Grundnahrungsmittel, Strom, Hotels	13% auf Grundnahrungsmittel, Strom, Hotels	13% auf Grundnahrungsmittel, Strom, Hotels
	6% für Medikamente, Bücher, Theaterkarten	6% für Medikamente, Bücher, Theaterkarten	6% für Medikamente, Bücher, Theaterkarten

	SYRISA/ANEL Vorschlag vom 25.6.15	EU/EZB/IWF Vorschlag vom 26.6.15	SYRIZA/ANEL Vorschlag vom 30.6.15
	23% auf alle restlichen Waren und Dienstleistungen	23% auf alle restlichen Waren und Dienstleistungen	23% auf alle restlichen Waren und Dienstleistungen
Besteuerung der Bauern	Steuersatz 13% auf die Beihilfen, ohne Freigrenzen	Steuersatz 23% ohne Freigrenzen	Steuersatz 23% ohne Freigrenzen
Privatisierung staatlichen Eigentums	Häfen, Flughäfen, Infrastruktur, Immobilien	Häfen, Flughäfen, Infrastruktur, Immobilien	Häfen, Flughäfen, Infrastruktur, Immobilien
Erdgas	Liberalisierung des Marktes	Liberalisierung des Marktes	Liberalisierung des Marktes
Militärausgaben	Senkung um 200 Mio	Senkung um 400 Mio	Senkung um 400 Mio ab 2017
Banken	Das Privatmanagement wird gewährt	Das Privatmanagement wird gewährt	Das Privatmanagement wird gewährt

Quelle: KKE

Zur Geschichte des Sozialismus

Grover Furr: Rede über mein Buch “Chruschtschows Lügen” und meine weiteren Forschungen am 30. 5. 2015 in Berlin

Chruschtschows Lügen! Die Unwahrheiten in der 'Geheimrede' und andere anti-stalinistische Unwahrheiten

Der Anlass für meinen Vortrag ist die Veröffentlichung der deutschen Übersetzung meines Buches „Chruschtschows Lügen“.

Dies ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung der russischen Ausgabe des Buches, die im Dezember 2007 bei Algoritm Publishers, Moskau veröffentlicht wurde. Es gibt 16.500 gedruckte Exemplare dieser russischen Ausgabe, fast alle von ihnen verkauft.

In Russland wie im Westen ist Chruschtschow ein offizieller "Held". Studenten in Russland studieren Chruschtschows "Geheimrede", weil sie ein Wendepunkt in der sowjetischen und damit russischen Geschichte ist. Sie [die Rede] war auch ein Wendepunkt in der Weltgeschichte! Aber außerhalb Russlands lesen jetzt sehr wenige Menschen diese lange Rede voller Anspielungen auf Personen und Ereignisse, die sie noch nie gehört haben. Aus diesem Grund werde ich auch über einige andere Probleme in der sowjetischen Geschichte reden, die weit besser bekannt sind als diejenigen, die Chruschtschow in seiner Rede erwähnt hat.

Leider unterziehen sich nur sehr wenige Menschen der Arbeit, die ich tue. Fast alle anderen, die die Stalinzeit in der UdSSR erforschen und die Russisch fließend lesen können und die Forschungsfähigkeiten haben und die eine institutionelle Zugehörigkeit/Verankerung besitzen, die ihnen mit Bibliothekseinrichtungen helfen und unentbehrliche und sehr teure Fernleihe-Einrichtungen bieten können, und die das Interesse und die Motivation haben, um diese Arbeit zu tun - fast alle sind antikommunistisch, ihnen fehlt jegliche Objektivität.

Die wenigen Personen, die Zugang zu diesen Einrichtungen haben und nicht Antikommunisten sind, arbeiten zum größten Teil auf dem Gebiet der sowjetischen oder russischen Geschichte. Und in diesem Bereich bekommen Antikommunisten sehr leicht Zugang zu den Archiven, Kommunisten jedoch nicht. Die dort forschenden Kommunisten müssen deshalb vorsichtig sein mit Äußerungen, die den Antikommunisten widersprechen würden..

Zwei hervorragende Forscher der sowjetischen Geschichte haben mir gesagt, dass kein Buch, das nicht feindlich gegen Stalin ist, durch einen Wissenschaftsverlag veröffentlicht werden würde. Dies sind Forscher, die der Linken nicht nahestehen, die sich aber bemühen, objektiv zu sein. Was sie sagen, trifft sicherlich auf den Westen zu, aber ich glaube, dass es auch in Russland nicht anders ist.

Lassen Sie mich dies auf eine andere Weise sagen: Wenn Sie Gelehrter im Westen auf dem Gebiet der Geschichte der Sowjetunion wären - wenn man die sowjetische Geschichte überhaupt in einer Geschichtsfakultät lehrte - könnten Sie nicht die Forschung tun, die ich tue. Wenn Sie es trotzdem täten, könnten Sie Ihre Forschungsergebnisse nicht in den Standard-Zeitschriften oder mainstream-wissenschaftlichen Verlagen veröffentlichen, und Sie würden bald nicht mehr auf dem Gebiet der Geschichte der Sowjetunion tätig sein können, weil Sie keinen Job mehr hätten!

Deshalb ist meine Position ungewöhnlich. Ich unterrichte in einem Englisch-Institut. Meine akademische Existenzgrundlage hängt nicht in irgendeiner Weise von meiner Forschung zur sowjetischen Geschichte ab.

Dies ist, was ich zu bieten habe. Und eine Menge Leute auf der ganzen Welt meinen, dass dies wichtig sei. Aber nicht nur Menschen auf der Linken. Die Antikommunisten meinen auch, dass es wichtig ist. Und sie mögen es nicht.

Diese Forschung ist der Grund, warum ich vom amerikanischen Konservativen David Horowitz 2005 und 2006 angegriffen wurde. Es ist der Grund dafür, dass der konservative Kolumnist für die größte Zeitung im US-Bundesstaat New Jersey, den Star-Ledger, zwei seiner Kolumnen im Jahr 2005 Angriffen auf mich widmete.

Es ist der Grund dafür, dass meine Universität Dutzende von E-Mails von Antikommunisten aus allen Gegenden empfängt, die verlangen, dass ich gefeuert werde. Es ist der Grund dafür, dass es einen Online-Blog mit dem Titel "stopgroverfurr.blogspot.com" und einen weiteren Blog gibt, der fordert, dass meine Universität meinen Artikel über den Betrug des sogenannten Massakers von "Katyn" von meiner Universitäts-Web-Seite entfernt. (http://researchingkatyn.blogspot.com/2013_10_01_archive.html)

Eine Menge Leute auf der Rechten wollen nicht, dass die Wahrheit über die Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Sowjetunion während der Stalinzeit ans Licht kommt. Sie wollen auch weiterhin dämonisieren, um den Sozialismus mit Hitler und dem Faschismus gleichzusetzen. Und das ist, was sie tun - nicht nur "passiv", durch ihre Ansichten oder Voreingenommenheit, sondern aktiv, indem sie bewusst Beweise, Quellen und die Geschichte verfälschen.

Was ich zu bieten habe, ist ein Korrektiv zu all dem. Und das ist, worüber ich mit Ihnen heute rede.

Das Problem ist der Beweis.

Wie Sie sicher bereits wissen, bekümmern sich viele Menschen nicht sehr um Beweisfragen. Die meisten Menschen wollen „die Antworten“, „die Wahrheit“. Sie wollen sich nicht in Fragen der Forschung vertiefen.

Fragen wie zum Beispiel:

- * Wo liegen die Unterschiede zwischen primären und sekundären Quellen?
- * Wo sind primäre Quellen/Beweise zu finden und auf welche Weise?
- * Wie muss man die Beweismittel studieren und analysieren?
- * Wie zieht man die richtigen Schlüsse daraus?

Oft sagt man mir Dinge wie Folgendes: `Ich denke, Fragen der Forschung, Beweise usw, obgleich sie wichtig sind, sind etwas sekundär im Vergleich zu den Tatsachen,

insbesondere für unsere Gruppe, da wir im Grunde eine politische und keine akademische Organisation sind.'

Wenn ich Dinge wie diese höre, kann ich überhaupt nicht zustimmen. "Tatsachen" sollten nie von "Forschung" und "Beweisen" getrennt werden. Es ist durch Forschung und Beweise, dass wir feststellen, was "Tatsache" ist und was nicht. Es geht nicht anders.

Chruschtschow war in der Lage, mehr als 50 Jahre durch das Zurückhalten von Beweisen mit seinen Lügen durchzukommen. Chruschtschow inspirierte alle Kalte-Kriegs-Antikommunisten, ob innerhalb der Sowjetunion (wie Roy Medvedev) oder im Westen (wie Robert Conquest). Fälschungen der Chruschtschow-Ära wirken weiterhin fort, die Stimmen der "Haupttrichtung" in der sowjetischen Geschichte heute zu ermöglichen.

Ich sollte etwas über mich selbst sagen, und woher ich komme. Mein erstes Spezialgebiet ist Mediävistik. Ich war darauf trainiert, tiefe historische Forschung zu tun. Zum Beispiel, Primärquellen in anderen Sprachen als Englisch zu verwenden, nie sich auf "tradiertes Wissen" oder "das, was Allen bekannt ist" zu verlassen oder den Bewertungen der "anerkannten Autoritäten" zu vertrauen - und jeden Bezug, jede Fußnote zu überprüfen.

Als Doktorand in den Jahren 1965 bis 1969 war ich gegen den US-Krieg in Vietnam. Einmal sagte jemand mir, dass ich die vietnamesischen Kommunisten nicht unterstützen sollte, weil sie von Ho Chi Minh geführt wurden, der von Stalin ausgebildet worden war, und "Stalin hat Millionen unschuldiger Menschen umgebracht." Ich erinnerte mich an diese Bemerkung. Das war der Grund, dass ich in den frühen 1970er Jahren die erste Ausgabe von Robert Conquests Buch „Der Große Terror“ las, als es veröffentlicht wurde. Ich war erschüttert von dem, was ich da las!

Weil ich die russische Literatur in der Hochschule studiert hatte, konnte ich die russische Sprache lesen. So studierte ich Conquests Buch sehr vorsichtig. Ich habe jede von Conquests mehr als 1.000 Fußnoten überprüft. Offenbar hatte das niemand jemals getan! Ich entdeckte, dass Conquest überhaupt keine Quellenkritik hatte. Mit "Quellenkritik" meine ich die Prüfung der Beweise, die in einer gegebenen Quelle zitiert werden, ob es objektiv echte Beweise oder beispielsweise Gerüchte oder Fälschungen sind. Conquest tut das nie. Seine Fußnoten unterstützen oder belegen nicht seine anti-Stalin Schlussfolgerungen! Conquest verwendet jede Quelle, die Stalin feindlich gesonnen ist, unabhängig davon, ob sie zuverlässig ist oder nicht.

Schließlich beschloss ich, etwas über den sogenannten „Terror“ zu schreiben. Es dauerte eine lange Zeit, aber im Jahr 1988 habe ich endlich veröffentlicht: "New Light On Old Stories About Marshal Tukhachevskii: Some Documents Reconsidered"

(Neues Licht auf alte Geschichten über Marschall Tuschatschewski. Erneute Prüfung einiger Dokumente.“) Im Jahr 1996 habe ich diesen Artikel auf meine neue Internet-Seite hochgeladen.

1999 kontaktierte mich Vladimir Bobrov, ein Moskauer Ingenieur und erfahrener Amateurhistoriker, zu diesem Artikel und schlug vor, dass wir zusammenarbeiten. Vladimir machte mich mit Dokumenten aus den ehemaligen sowjetischen Archiven bekannt, die Russland zu veröffentlichen begonnen hatte. Nach ein paar Jahren Zusammenarbeit habe ich beschlossen, das Studium der mittelalterlichen Literatur aufzugeben und mich hauptsächlich der Untersuchung der sowjetischen Geschichte der Stalinzeit zu widmen.

Chruschtschows "Geheimrede"

Chruschtschows "Geheimrede" ist die einflussreichste Rede des 20. Jahrhunderts. Sie änderte grundlegend die historische Entwicklung der Sowjetunion und in der Tat die der Weltgeschichte. Sie wurde zu einer der Säulen der politischen Konzeption des "Anti-Stalinismus", die grundlegende Quelle für das, was als "das Paradigma des 20. Parteitags" gilt. Niemand, der sich für die Geschichte der Sowjetunion interessiert, kann ein Dokument von solcher Bedeutung vernachlässigen.

Als sich mir eine Vorstellung von dieser Arbeit bildete, war mein Ziel bescheiden. Ich wollte die "Enthüllungen" in dem Bericht neben die historischen Quellen setzen, die öffentlich gemacht worden sind im Zuge der Veröffentlichung einiger Dokumente aus den ehemaligen sowjetischen Archiven. Während der letzten 20 Jahre wurden zahlreiche neue Quellen der Wissenschaft zur Verfügung gestellt, Dokumente, die eine objektive Bewertung der Aussagen in Chruschtschows Rede ermöglichen.

Und an dieser Stelle begann ein merkwürdiges Bild zu entstehen. Denn wie sich herausstellte, war von all den "Enthüllungen" in der Rede nicht eine einzige wahr. Nicht eine einzige!

Ein paar von Chruschtschows Unwahrheiten waren natürlich früher bekannt, etwa seine absurde Erklärung, Stalin habe "militärische Operationen auf einem Globus geplant." Aber es war erstaunlich zu entdecken, dass die ganze Rede aus "Offenbarungen" wie dieser bestand.

Chruschtschows Lügen — Einige Beispiele

Ich identifiziere in meinem Buch 61 Anklagen von Verbrechen oder Gräueltaten, die Chruschtschow in seiner „Geheimrede“ entweder gegen Stalin oder, in einigen Fällen, gegen Beria tätigte. Ich habe dann jede einzelne von ihnen im Lichte aller mir bekannten Beweise erforscht, mit besonderem Augenmerk auf Dokumente aus den

ehemals sowjetischen Archiven, die seit dem Ende der Sowjetunion im Jahr 1991 veröffentlicht wurden.

Ich entdeckte, dass praktisch alle Anschuldigungen Chruschtschows falsch sind. In einem gesonderten Kapitel untersuche ich diese Unwahrheiten nach Art und Weise und schlussfolgere, dass mindestens 53 dieser Aussagen Lügen sind und dass Chruschtschow selbst bewusst in mindestens 41 Fällen gelogen hat.

"Der Persönlichkeitskult." Chruschtschow verurteilte den "Kult" um Stalin und impliziert, Stalin habe ihn gefördert und genehmigte. In der Tat jedoch stellte sich Stalin im Laufe seines Lebens fest gegen diesen ekelhaften "Kult", während Chruschtschow einer der größten Förderer des "Kultes" war. Ich zitiere viele Primärquellen, die dies belegen/beweisen.

"Lenins Testament". Chruschtschow deutet, wie vor ihm Trotzki, an, Lenin habe Stalin als Generalsekretär entfernen wollen, und dass Lenin sich von Stalin entfremdete. Jetzt verfügbares Beweismaterial zeigt, (a) dass Stalin mehrmals versuchte zurückzutreten, dass das Politbüro jedoch seinen Rücktritt ablehnte und (b) dass es keinen Bruch zwischen Lenin und Stalin gab. Im Gegenteil, es war Stalin, an den der verzweifelt kranke Lenin sich wandte, als er einen Kameraden suchte, der ihm Cyanid geben würde, wenn sein Leiden unerträglich würde. Stalin versicherte Lenin, dass er es tun würde, als er gebeten wurde, sagte aber dem Politbüro, er fände es unmöglich.

Chruschtschow behauptete, dass Stalin leitende Genossen, die sich ihm entgegenstellten "moralisch und physisch vernichtet hat." Ich beweise, dass Stalin dies nie getan hat. Chruschtschow selbst hat jedoch genau dies getan - im Falle von Lawrenti Beria im Juni 1953.

Chruschtschow sagte, dass Lenin Sinowjew und Kamenew kritisierte, aber nie zu erschießen vorgeschlagen hatte. Hier legte Chruschtschow nahe, Sinowjew und Kamenew seien unschuldig in den Anklagepunkten, die sie beim ersten Moskauer Prozeß im August 1936 gestanden hatten. Wir haben heutzutage eine Menge von Beweismitteln sowohl aus den ehemals sowjetischen Archiven, als auch vom Trotzki-Archiv an der Universität Harvard, dass Sinowjew und Kamenew Drahtzieher des Komplotts zum Mord an Sergei Kirow im Dezember 1934 waren, und dass sie schuldig der Verschwörung gegen Stalin und andere sowjetische Führer und der Planung eines Staatsstreichs waren.

Chruschtschow hat darauf hingewiesen, dass Stalin sehr viele Listen unterzeichnete, die ihm vom NKWD geschickt wurden, zusammen mit den Urteilen, die das NKWD empfahl, falls die Angeklagte für schuldig befunden würde. Chruschtschow impliziert, und die antikommunistischen Gelehrten behaupten seither, dass es sich um "Ausführungslisten" oder "Todesurteile" handelte. In „Chruschtschows Lügen“ zeige

ich, dass viele der Personen, deren Namen auf diesen Listen verzeichnet sind, nicht verurteilt wurden, und andere, die verurteilt wurden, nicht erschossen wurden. Darüber hinaus wissen wir nicht, welche anderen Materialien - Beweise, zum Beispiel - vielleicht neben diesen Listen vorgelegen haben.

Nicht "Stalin verteidigen"

Ich "verteidige" nicht Stalin oder sonst jemanden. Als Forscher und Gelehrter beschäftige ich mich mit Tatsachen und Beweismitteln. Ich stimme Juri Shukow zu, wenn er schreibt: „Ich kann ehrlich sagen, dass ich gegen die Rehabilitierung Stalins bin, weil ich gegen Rehabilitierung im Allgemeinen bin. Nichts und niemand in der Geschichte sollte rehabilitiert werden - aber wir müssen die Wahrheit aufdecken und die Wahrheit sagen.“ (Zhukov, KP Nov. 21 02)

Auch möchte ich nicht andeuten, dass dann, wenn Stalin nur alles, was er plante, auch gelungen wäre, die vielfältigen Probleme des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus in der Sowjetunion gelöst worden wären.

Deswegen entschied ich mich, die „Geheimrede“ zu erforschen, die angeblich Verbrechen der Stalin und Beria "aufgedeckt" hat. Das Ergebnis dieser Untersuchung war, dass in Chruschtschows "Geheimrede" nicht eine einzige dieser so genannten „Enthüllungen“ sich als wahr herausstellte. Ich sage es nochmals: Es ist hier nicht die Rede von einer "Verteidigung Stalins", sondern um die Wahrheit: Nicht eine der "Offenbarungen" und Behauptungen der "Geheimrede" kann vor einer Konfrontation mit den Beweisen bestehen.

Angesichts der historischen Beweise, die ich in meinem Buche „Chruschtschows Lügen“ präsentiere, ist es unmöglich, die Geschichte der Sowjetunion weiterhin im Zerrspiegel dieser "Geheimrede" zu sehen.

Folgen

Der amerikanische Historiker Arch Getty hat die historische Forschung der Zeit des Kalten Krieges "Produkte der Propaganda" genannt - "Forschung", die zu kritisieren oder in Einzelheiten zu korrigieren keinen Sinn macht, sondern die überall erneut von Anfang an getan werden muss. Diese tendenziöse, politisch aufgeladene und unehrliche "Forschung" wird noch heute produziert.

Die Wiederentdeckung der sowjetischen Geschichte geht weit über die Kritik an Chruschtschows "Geheimrede" hinaus. Alles, was nicht nur für "allgemein bekannt", sondern auch für „Fachwissen“ über die Stalinzeit gilt, ist grundsätzlich falsch. Wann immer ich einen Vortrag über meine Forschung halte, sage ich dem Publikum: "Alles, was Sie denken, dass Sie über die Stalinzeit in der UdSSR wissen, ist falsch." Die gesamte sowjetische Geschichte muss neu geschrieben werden.

Eine der berühmtesten Anschuldigungen gegen Stalin ist die Behauptung, dass er Sergei Kirov am 1. Dezember 1934 ermorden ließ. In seiner Geheimrede legt Chruschtschow nahe, dass das NKWD und möglicherweise Stalin selbst an der Ermordung Kirovs beteiligt war. In meinem Buch „The Murder of Sergei Kirov“ (Der Mord an Sergej Kirow), das im Jahr 2013 veröffentlicht worden ist, beginne ich mit einer detaillierten Analyse des jüngsten Buchs zu diesem Thema, das von Professor Matthew Lenoe im Jahr 2010 in der Yale University Press veröffentlicht wurde. Ich prüfe alle Beweise, darunter viele, die Lenoe nie berücksichtigte, - entweder auslässt oder völlig ignoriert – und seinen Lesern noch nicht einmal sagt, dass sie existieren!

Es besteht kein Zweifel, dass Lenoe Unrecht hat. Wir haben eine große Menge an Beweisstücken, die jetzt bezeugen, dass die Männer, die für schuldig befunden und im zusammen mit Nikolaev erschossen wurden, in der Tat schuldig sind. Weiterhin haben wir eine große Anzahl von Beweisen, dass alle die Angeklagten der drei Moskauer Prozesse auch schuldig waren. Schuldig nicht nur dessen, was sie gestanden, sondern auch der Verbrechen, die sie nicht gestanden haben, über die wir aber seither mehr wissen.

Das gleiche gilt von den Militärs, die in der sogenannten "Tuchatschewski-Affäre" verurteilt wurden. Wir besitzen jetzt eine Menge Beweise für ihre Schuld. Ihre Unschuld wird durch jede Autorität auf dem Gebiet geltend gemacht. Aber der Beweis erzählt die Geschichte. Mein Kollege Vladimir und ich haben viel zu diesem Thema geforscht.

Ich führe diese Beispiele an, um zu zeigen, wie allumfassend die betrügerische "kanonische"²² oder „offizielle“ Geschichtsschreibung der UdSSR war und ist. Leider ist diese Geschichte "kanonisch" nicht nur für die pro-kapitalistischen Antikommunisten, sondern für fast alle Leute der Linken seit Chruschtschow und bis heute.

Die politischen Kräfte, die zuerst eine größere Rolle des Marktes in der sowjetischen Gesellschaft gefördert haben und die dann die Rückkehr zu einem superausbeuterischen Kapitalismus in der UdSSR erzwangen, sind die gleichen, die Stalin und die Stalin-Jahre zu dämonisieren streben. Sie fördern auch die Forschung oder Propaganda, die diese Version der Geschichte ausbreitet, eine Version, die in Russland wie überall „kanonisch“ ist.

²² Der Begriff „kanonisch“ stammt aus dem Kirchenrecht, eine kanonische Visitation bedeutet z.B.: „der Besuch eines Oberen mit Aufsichtsbefugnis zum Zweck der Bestandsaufnahme und Normenkontrolle“, übertragen bedeutet er: „als Richtschnur und klassisches Muster dienend“. (D. Red.)

Noch einmal über die Frage des Beweises

An einem gewissen Punkt in jeder meiner Klassen frage ich die Schüler: "Was ist das radikalste Wort in jeder Sprache?" Ich bekomme eine Reihe häufiger Antworten. Zu den häufigsten zählen "Sozialismus" und „Kommunismus“. Dann sage ich: "Sozialismus und Kommunismus sind gute, radikale Worte. Aber meine Stimme gebe ich für ein anderes Wort: `Beweis`. Fragen Sie nach Beweisen, überall und immer, dann wird man Sie bald genug einen `Kommunisten` nennen!

Dies ist nirgendwo gültiger als in der Forschung über die Geschichte der kommunistischen Bewegung. Lügen überwiegen überall. Und wenn man hartnäckig immer wieder nach Beweisen fragt, dann beginnt es, interessant zu werden.

Leute sagen mir oft: "Professor Furr, ich finde, dass Ihre Argumente nicht überzeugend sind." Meine Antwort lautet: "Überzeugungskraft ist eine Art von Propaganda oder 'Public Relations'. Überzeugungskraft hängt von der Mentalität der Person ab, die Sie zu überzeugen versuchen." Eine Person mit sehr festen Vorurteilen kann man durch keinen Beweis überzeugen, egal wie gut er ist. Der amerikanische sozialistische Schriftsteller Upton Sinclair schrieb einmal: „Es ist schwierig, jemanden dazu zu bringen, etwas zu verstehen, wenn sein Gehalt davon abhängt, dass er es nicht versteht.“

Ebenso ist es schwierig, gar unmöglich, jemanden dazu zu bewegen, auf Beweise in objektiver Weise zu blicken, wenn derjenige mit der Möglichkeit konfrontiert wird, dass seine am meisten geschätzten Vorurteile und vorgefassten Meinungen falsch sind.

Ich kann Ihnen sagen: Ich mache viele meiner Entdeckungen, wenn ich die Fußnoten in den Werken der akademischen Studien überprüfe, wenn ich überprüfe, ob die in diesen Notizen zitierten Primärquellen wirklich die Tatsachen, Ansprüche oder Aussagen belegen, die da getätigt werden.

Andere Anti-Stalin'sche Lügen

Im weiteren Verlauf meines Vortrags werde ich einiges aus der Forschung zu meinem neuen Buch zusammenfassen, dessen Title lautet: „Blut-Lügen. Der Beweis, dass jede Anklage gegen Joseph Stalin und die Sowjetunion in Timothy Snyders Buch `Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin`,“ falsch ist.

„Blut-Lügen“ ist eine gründliche Prüfung der unehrlichen Arbeit des Yale-Professors Timothy Snyder: „Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin.“ Erschienen im Jahr 2010 bei Basic Books (New York). Snyders „Bloodlands“ ist das bekannteste und bei weitem das erfolgreichste Buch auf dem neuesten Stand, das versucht, Stalin mit Hitler, die Sowjetunion mit Nazi-Deutschland und den Kommunismus mit dem

Hitlerfaschismus gleichzusetzen. Es hat viele Preise und Auszeichnungen erhalten und wurde in 26 Sprachen übersetzt. Snyder selbst ist ein "öffentlicher Intellektueller", dessen Aufsätze häufig in Fachzeitschriften wie dem New York Review of Books und Times of London erscheinen.

Als ich zum ersten Mal Snyders Bloodlands las, erkannte ich sofort, auf der Grundlage meiner früheren Forschung, dass eine Reihe von sogenannten "Verbrechen" und "Gräueltaten", die er gegen Stalin und die Sowjets behauptet, unwahr - im Klartext Lügen - sind. Gespräche mit Freunden und Kollegen versicherten mir, dass Bloodlands einflussreich, eine wichtige antikommunistische Arbeit ist, deren Ansprüche breite Akzeptanz finden. Ich beschloss, jedes einzelne Stück von Beweisen systematisch zu überprüfen - Fußnoten, Dokumentationen - die Snyder zitiert, um "Verbrechen", Grausamkeiten oder Fehlverhalten seitens Stalin, der sowjetischen Führung oder pro-kommunistischer Kräfte zu beweisen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits seit etwa sechs Jahren die Vorwürfe und Anklagen gegen Stalin und die Sowjetführung seiner Zeit studiert. Ich dachte, ich wäre in der Lage zu beweisen, dass einiges, vielleicht vieles, was Snyder behauptet, falsch sei - antikommunistische, anti-Stalinsche Lügen.

Ich dachte auch, dass ich endlich Beweise für einige Verbrechen, Grausamkeiten oder Fehlverhalten von Stalin und der Sowjetunion entdecken würde. Schließlich hat Snyder eine Phalanx von professionellen antikommunistischen Forschern, die ihm helfen. Die meisten von ihnen kommen aus Polen und der Ukraine – aus Ländern, in denen die postsowjetische nationalistische Mythologie auf antikommunistischen Lügen basiert. Andere sind Deutsch, Französisch und Russisch. Ich musste Polnisch und Ukrainisch lernen, um die für dieses Buch notwendige Forschung zu bewältigen. Ich konnte schon Russisch, Deutsch und Französisch.

Ich dachte: Sicher hat dieses Team von hochmotivierten anti-kommunistischen Forschern, mit den Ressourcen ihrer nationalen Regierungen und Archiven von Originalquellen und Universitäten hinter sich, zumindest ein paar wirkliche "Verbrechen des Stalinismus" aufgedeckt. Ich habe mich geirrt.

Ich fand heraus, dass von den Dutzenden von Anschuldigungen wegen "Verbrechen" und Gräueltaten in Snyders Buch nicht eine einzige wahr ist. Entweder unterstützen Snyders Beweise in der Tat nicht die Schlussfolgerungen, die er zieht. Oder Snyder zitiert sekundäre Quellen, die diese Ansprüche enthalten, aber entweder nicht durch Beweise unterstützen oder wiederum die Beweise, die sie zitieren, nicht ihre Schlussfolgerungen unterstützen. In vielen Fällen sind Snyder und die antikommunistischen Forscher, auf deren Werk er sich verlässt, schuldig des Frevels der Unterlassung - des

Schweigens über Beweise, die ihre Ansprüche widerlegen, wovon aber nur wenige Leute wissen.

Blut-Lügen, mein Buch, ist 588 Seiten lang, weil ich die Primärquellen-Beweise reproduziere, die ich in den Originalsprachen - Polnisch, Ukrainisch oder Russisch – und zusammen mit meinen eigenen Übersetzungen zitiere. Das hat „Blut-Lügen“ deutlich länger gemacht. Aber es ist wichtig, diese Beweise möglichst vollständig anzuführen.

Eine der wichtigsten Lektionen meiner Forschung über die Geschichte der Sowjetunion der Stalin-Zeit ist diese: es gibt so viel Unehrllichkeit in diesem Forschungsbereich, so viele antikommunistische Historiker sind schuldig so sehr vorsätzlicher Täuschung im Zitieren von Primärquellen und Verweisen, dass wir keinem der Historiker dieser Periode vertrauen dürfen.

Alle Primärquellen müssen überprüft werden.

Natürlich bedeutet dies, dass auch ich die Leser meines Buches nicht bitten kann, meine Schlüsse einfach zu akzeptieren. Ich muss meinen Lesern die ganzen primären Quellen und Beweise zur Verfügung stellen, so dass sie sie für sich selbst studieren können. Und das ist es, was ich getan habe.

Snyder und andere antikommunistische und antistalinistische Historiker tun dies nicht, weil sie es nicht tun können. Die Beweise können ihre antikommunistischen anti-Stalinschen Ansprüche einfach nicht unterstützen. Also beziehen sie sich in ihren Fußnoten auf schwer zu findende Dokumente in seltenen Sammlungen oder Sekundärquellen in polnischer oder ukrainischer Sprache in schwer zu findenden Zeitschriften. Und wenn Sie die Artikel endlich finden, haben Sie oft keine Primärquellen oder Nachweise, sondern einfach nur weitere Verweise auf noch andere schwer zu findende Bücher, die auch in Polnisch oder Ukrainisch geschrieben sind.

Bloodlands ist ein völlig betrügerisches Buch. Nicht ein einziger Vorwurf über "Verbrechen", Gräueltaten oder Untaten irgendeiner Art von Stalin, der Sowjetunion oder pro-kommunistischen Kräften hält den Beweisen stand. Meine Studie demontiert komplett Snyders gehässigen Vergleich der UdSSR mit Nazi-Deutschland und Stalins mit Hitler und beweist, dass Snyders Buch auf Lügen, schlicht und einfach auf Lügen basiert.

Neben Dutzenden von angeführten "Verbrechen" von geringerer Tragweite konzentriert Bloodlands sich auf acht große. Es sind dies: die Kollektivierung der Landwirtschaft; die Hungersnot von 1932 bis 1933; der sogenannte "Holodomor"; der "Große Terror" oder die Ezhovshchina und die "polnische Operation" als Teil der Ezhovshchina; der Molotow-Ribbentrop-Pakt; die angebliche "sowjetische Invasion

in Polen" im September 1939; der Warschauer Aufstand 1944; und Stalins angeblicher Antisemitismus. In meinem Buch diskutiere ich all diese Anschuldigungen im Detail, mit voller Bezugnahme auf die besten zeitgenössischen Wissenschaften.

In diesem Vortrag werde ich sechs dieser historischen Unwahrheiten diskutieren. Diese Lügen sind so weit verbreitet, dass viele Personen in der "Linken" an sie glauben. Sie wurden von antikommunistischen „Gelehrten“ seit vielen Jahren gefördert.

1. Kollektivierung der Landwirtschaft

Meine Diskussion der Hungersnot 1932-1933 wird durch beste, seit jüngstem erhältliche Primärquellen gestützt. Sie basiert vor allem auf der Forschung von Professor Mark Tauger an der West Virginia University. Tauger hat sein Berufsleben von mehr als 20 Jahren dem Studium der russischen und sowjetischen Hungersnöte gewidmet und ist der Welt-Experte zu diesem Thema.

Hunger hat Russland im vergangenen Jahrtausend mehrere hundert Mal geschlagen. Eine im Jahr 1988 veröffentlichte Studie von russischen Wissenschaftlern verfolgt diese Hungersnöte entlang historischen Aufzeichnungen seit dem Jahre 736 nach Christi Geburt bis 1914. Viele dieser Hungersnöte suchten auch die Ukraine heim.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde entwickelt, um den Kreislauf der Hungersnöte, der Russland und die Ukraine seit Jahrhunderten gequält hatte, zu beenden. Sie war eine Reform - eine deutliche Verbesserung der Sicherheit und des Lebens der Bauernschaft und damit der gesamten Bevölkerung. Sie basierte nicht auf "Steuern" oder „Ausbeutung“. Im Gegenteil: während der zehn Jahre 1929-1939 brachte die sowjetische Regierung Milliarden Rubel für die Landwirtschaft auf.

Stalin und die Bolschewiki sahen die Kollektivierung als den einzigen Weg an, um schnell die Landwirtschaft zu modernisieren und der Verschwendung und dem arbeitsintensiven Anbau auf individuellem Landbesitz, oft in kleinen und weit verstreuten Streifen, ein Ende zu machen. Sie nutzten als Modelle für die Sowchosen die großen, hochmechanisierten Landwirtschaften bestimmter amerikanischer Farmen im Westen.

Die Realität ist, dass die Kollektivierung den Hungersnöten in der Sowjetunion ein Ende setzte, mit Ausnahme der letzten schweren Hungersnot 1946-1947. Wheatcroft, Autor der neuesten Studie zu dieser Hungersnot, kam zu dem Schluss, dass diese Hungersnot aufgrund von Umweltursachen stattfand.

Kurz gesagt, die sowjetische Kollektivierung der Landwirtschaft war einer der größten Triumphe des Social Engineering (der Sozialreform) des 20. Jahrhunderts, wenn nicht aller Zeiten. Statt Verurteilung verdiente sie einen Nobelpreis – wenn denn solche Preise für die kommunistischen Erfolge ausgegeben würden.

2. Die Hungersnot von 1932-1933

Zwei falsche Erklärungen dieser Hungersnot werden fast überall akzeptiert. Ukrainische Nationalisten behaupten, dass Stalin und die bolschewistische Führung den ukrainischen Bauern Korn vorenthalten hätten, um es zu exportieren; oder dass sie absichtlich ukrainische Bauern aushungerten, um die ukrainischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit zu unterdrücken; oder beides.

Das ist der Mythos des "Holodomor". Er entstand in der antikommunistischen ukrainischen Diaspora und wurde bewusst auf den jüdischen Holocaust modelliert. Diese Kräfte hatten an der Seite der Nazis gekämpft, und als die Rote Armee vorgerückt war, flohen sie mit den deutschen Truppen in den Westen.

Eine allgemeiner akzeptierte, mehr "mainstream", aber immer noch politisierte Interpretation besagt, dass die Hungersnot durch die Kollektivierung der Landwirtschaft und übermäßige staatliche Getreiderequisitionen verursacht war, die zu Störungen, Misswirtschaft und Bauernaufständen und letztlich zu Hunger und Verhungern führten. Dies ist die offizielle Position der russischen Regierung und jener antikommunistischen Wissenschaftler, die den "Holodomor"-Mythos nicht akzeptieren.

Keine dieser Erklärungen wird durch primäre Quellenbeweise bestätigt. Taugers Forschungen zu den primären Quellen zeigen, dass die Hungersnot durch Umweltfaktoren hervorgerufen wurde und in der Tat ein Teil der fortlaufenden Reihe von schweren Hungersnöten in der russischen Landwirtschaft war, die 1100 Jahre lang das Land geplagt hatten.

3. Die Ezhovshchina und die "Polnische Operation"

Wir wissen jetzt aus den Primärquellen, dass Ezhov direkt gegen die Absichten Stalins und der sowjetischen Führung gehandelt hat. Wir haben jetzt das Telegramm vorliegen, das am 17. Juni 1937 gesendet wurde, kurz vor dem Juni-ZK-Plenum, in dem Ezhov den Bericht von S.M. Mironov, dem NKWD-Chef in Westsibirien, überreichte, in dem vor der Gefahr von Aufständen durch subversive Kräfte gemeinsam mit japanischen Diensten gewarnt wird. Darin berichtet Mironov, dass Robert Eikhe, Erster Sekretär Westsibiriens, beantragen wird, eine "Troika" zu bilden, um mit dieser Bedrohung fertig zu werden.

Anscheinend haben sich Eikhe und dann eine Reihe von anderen Ersten Sekretären, Stalin und dem Politbüro nach dem Plenum angenähert und um besondere Befugnisse gebeten, um mit Verschwörungen, Aufständen und Revolten in ihren Bereichen fertig zu werden. Dies führte zu dem Dekret des Politbüros "Über antisowjetische Elemente" vom 2. Juli 1937, das alle Ersten Sekretäre ermächtigte, "Kulaken und Verbre-

cher", die in ihre Gebiete zurückgekehrt waren, festzunehmen, um die "Gefährlichsten" von ihnen zu erschießen und die übrigen ins Exil zu senden.

Dieser Bericht der organisierten internen Revolten in Verbindung mit ausländischen Mächten (Japan, im Fall Westsibiriens) trat in Zusammenhang mit der Tuchatschewski-Affäre weniger als einen Monat zuvor auf. In diesem Fall wurden höchste Kommandeure der Roten Armee der Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten und der Verschwörung, die sowjetische Regierung zu stürzen, überführt und verurteilt. Die Loyalität der Militärbefehlshaber stand ernsthaft in Zweifel - zu Recht, wie wir heute wissen.

Der NKWD schien die einzige Kraft zu sein, auf die die Sowjetmacht sich verlassen konnte. Erst viel später ist deutlich geworden, dass Ezhov selbst mit ausländischen Mächten verschworen war, um die Regierung und Parteiführung zu stürzen, und dass er mit massiven Hinrichtungen unschuldiger Menschen Ressentiments zu schüren versuchte.

Während der nächsten Jahre war Stalin mit Berichten von Verschwörungen und Revolten aus der ganzen UdSSR überschwemmt. Man hat eine große Anzahl von ihnen in russischer Sprache veröffentlicht. Zweifellos bleiben viel mehr unveröffentlicht.

Antikommunisten wollen, dass jeder denke, dass diese Massenmorde Stalins Plan und Absicht wären. Der antikommunistische russische Forscher Vladimir Nikolaevich Chaustow ist ehrlich genug zuzugeben, dass die Beweise dies nicht belegen. Chaustow räumt ein, dass eine große Verschwörung des Ezhov wirklich existierte, und hat erklärt, dass Stalin von Ezhov getäuscht wurde. Chaustow gibt zu, dass Stalin in gutem Glauben gehandelt hat auf der Grundlage von Beweismitteln, die ihm von Ezhov vorgestellt worden sind, von denen Vieles falsch gewesen sein muss. Ezhov gesteht dies in denjenigen seiner Bekenntnisse, die bisher veröffentlicht sind.

Allmählich wurden Stalin und das Politbüro über die Aktivitäten Ezhovs misstrauisch. Im August 1938 wurde Lawrenti Beria zum Stellvertreter Ezhovs ernannt. Offensichtlich war der wahre Grund dafür, Ezhov zu beaufsichtigen. Am 23. November 1938 wurde Ezhov überzeugt, sein Amt niederzulegen. Fast sofort begannen Berichte über schrecklichen, von NKWD-Leute begangene Verbrechen wie eine Flut einzukommen.

Am 29. Januar 1939 legten Malenkow, Berija und Andreev Stalin einen Bericht über die massiven Verbrechen Ezhovs vor. Im April wurden Ezhov und sein Hauptassistent, Mikhail Frinowsky, festgenommen, und sie gestanden ihre Verbrechen. Von Anfang 1939 bis Februar 1940 wurden Ezhov und viele seiner Männer angeklagt, verurteilt und für massive illegale Hinrichtungen und Unterdrückung von Sowjetbürgern bestraft. Dank Berijas Untersuchungen wurden in den Jahren 1939 bis 1940 mindestens 100.000 Personen aus der Haft befreit.

4. Der Molotow-Ribbentrop-Vertrag

Die Wahrheit ist, dass im September 1939 die Sowjetunion Polen nicht überfiel. Allerdings wird dieses Nicht-Ereignis – der angebliche Überfall auf Polen – in der Geschichtsschreibung als "Wahrheit" angenommen. Ich habe noch keine historische Studie der letzten Jahre in der englischen Sprache gefunden, die über diese Angelegenheit richtig liegt.

Natürlich ist die UdSSR nie ein "Verbündeter" von Nazi-Deutschland gewesen. Der Molotow-Ribbentrop-Pakt (MR-Pakt) war ein Nichtangriffspakt, nicht eine Allianz. Die Behauptung, die Sowjetunion und Hitler-Deutschland seien "Verbündete", wird einfach wiederholt, wird aber nie mit Beweisen gesichert. Der vollständige Text des Paktes steht im Internet. Er ist kurz. Jeder, der den Text liest, kann sehen, dass er keine Frage eines "Bündnisses" jeglicher Art ist.

Die geheimen Protokolle des MR-Paktes haben nicht irgendeine Teilung Polens geplant. Die Sowjets wollten zum Schutz der Sowjetunion die Erhaltung eines unabhängigen Polen.

Falls die polnische Armee geschlagen würde, konnte sie und die polnische Regierung sich über die Linie der sowjetischen Interessensphäre zurückziehen und so Unterschlupf finden, denn Hitler hatte vereinbart, in Polen nicht weiter nach Osten als bis zu dieser Linie zu ziehen. Von dort aus konnten die polnischen Behörden den Frieden mit Deutschland schließen. Der polnische Staat würde noch existieren.

Natürlich bot die Sowjetunion das nicht aus Liebe für das antikommunistische und antisowjetische Polen an. Die Sowjets wollten eine polnische Regierung - eine polnische Regierung irgendeiner Art - als Puffer zwischen der UdSSR und den Nazi-Armeen. Der Verrat der polnischen Regierung am eigenen Volk vereitelte diesen Plan.

4. Das Massaker von Katyn

Antikommunisten behaupten, dass es einen historischen Konsens über die "Massaker von Katyn" gäbe. Das ist nicht wahr. Vielmehr akzeptieren Antikommunisten ohne Frage die Version, die die Sowjets für alle Schießereien beschuldigt, und verlangen, dass alle anderen auch so tun, - oder die Antikommunisten werden sie bei bösen Namen nennen.

Die einzige objektive Art und Weise, sich mit dem historischen Streit um das "Massaker von Katyn" zu befassen, beginnt mit der Anerkennung, dass es einen solchen Streit tatsächlich gibt.

Die Ansicht, dass die Sowjets alle Polen erschossen und dass der Nazi-Bericht von 1943, abgesehen von seinen antisemitischen Äußerungen, völlig wahrheitsgemäß sei, ist ohne Frage von Antikommunisten überall akzeptiert, auch in Russland. Die Ansicht, dass die Deutschen die Polen erschossen und dass der sowjetische Burdenko-Bericht des Jahres 1944 der wahrhaftige ist, teilen viele Kommunisten und pro-Kommunisten (mit Ausnahme der Troztkisten) und viele russische Nationalisten.

In den Jahren 1990-1992 haben Michail Gorbatschow und Boris Jelzin behauptet, dass die Stalin-Führung der UdSSR tatsächlich die Polen erschossen habe. Das bestätigte praktisch alle Details der antikommunistischen polnisch-nationalistischen Version. Im Jahr 1992 präsentierte Jelzin polnischen Beamten Faksimiles von Dokumenten von "Closed Packet No. 1", die, wenn diese Dokumente echt wären, die Schuld der Sowjetunion zweifelsfrei bestätigen würden.

Doch seit 1995 haben einige russische Wissenschaftler argumentiert, dass diese Dokumente gefälscht seien. Die Analyse dieser Dokumente, vor allem von russischen Forschern, die die "offizielle Version" von Katyn ablehnen, ist seither fortgeschritten und wird immer detaillierter und anspruchsvoller. Aber schon lange vorher haben sich die Positionen auf beiden Seiten verhärtet. Unter denen, die die Sowjets schuldig glaubten, änderten nur sehr wenige ihre Meinung auf der Grundlage der neuen Beweise. Ich zähle mich zu den wenigen, da ich meine eigene Haltung änderte: von der Überzeugung, dass "die Sowjets es taten", zu einer agnostischen²³ Position.

Seit 2010 ist zahlreiches wichtiges Beweismaterial in den Vordergrund gekommen, das die stärksten Zweifel an der "offizielle Version" von Katyn aufwirft. In Wolodymyr-Wolynski, Ukraine, fanden polnische und ukrainische Archäologen Hinweise, dass zumindest zwei polnische Polizisten, von denen behauptet wurde, dass sie im April oder Mai 1940 von den Sowjets in der Nähe von Kalinin (jetzt Tver'), Russland, erschossen wurden, in der Tat 700 Meilen entfernt und erst in der zweiten Jahreshälfte 1941 von den Deutschen und ihren ukrainischen nationalistischen Verbündeten nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion ermordet wurden. Diese Tatsache allein demontiert die "offizielle" Version der Katyn-Erzählung.

²³ Das Adjektiv agnostisch bedeutet, dass man die Existenz einer Gottheit oder einer anderen höheren Macht für nicht beweisbar hält. Deren Existenz wird somit nicht verleugnet, aber eben auch nicht für gesichert gehalten.

Diese Entdeckungen zeigen, wie korrupt die Geschichtsschreibung rund um das "Massaker von Katyn" geworden ist. Die Entdeckung der Abzeichen der beiden polnischen Polizisten, von denen man behauptet hatte, dass sie 16 Monate früher und siebenhundert Meilen vom Fundort entfernt erschossen und begraben wurden, ist der wichtigste Fund von den Ausgrabungen in Volodymyr-Volyns'kiy. Warum aber hat dieser Fund nicht die Publizität empfangen, die er verdient? Zweifellos, weil mächtige politische Kräfte in Polen und der Ukraine nicht wollen, dass es veröffentlicht wird – weil es zumindest Zweifel an der sowjetischen Schuld aufwürfe.

Daher wurde vertuscht. Der polnische archäologische Bericht erwähnt nur eins der zwei Abzeichen der zwei polnischen Polizisten. Und das nur in einer Fußnote mit nur einem kryptischen Hinweis auf Katyn - buchstäblich eine "codierte" Referenz, verständlich nur für diejenigen, die mit dem Thema Katyn sehr vertraut sind. Der ukrainische archäologische Bericht erwähnt die Entdeckung der Abzeichen des polnischen Polizisten überhaupt nicht!

Es gibt gute Belege, dass die ukrainischen nationalistischen Kräfte an den Massenmorden an den Opfern in Volodymyr-Volyns'kiy teilgenommen haben. Unterdessen wird die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) überall in der westlichen Ukraine geehrt. Volodymyr-Volyns'kiy hat sogar eine Straße nach dem OUN-Führer und Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera benannt, dessen Männer an den Massenmorden teilnahmen.

Sowjetische Schuld an "Katyn" ist ein wesentlicher Bestandteil des nach 1990 wieder erstandenden polnischen Nationalismus. Polen hat "Katyn" in eine antikommunistische und antirussische Orgie der Verehrung für seine Opfer verwandelt. Die polnischen Regierungen haben Hunderte von Millionen von Dollar verbraucht für Hunderte von Denkmälern und Gedenkstätten, die „Katyn“ gewidmet sind.

Hunderte von Zeremonien, einige von sehr großem Umfang, wurden "Katyn" gewidmet, wie auch Hunderte oder Tausende von Publikationen und die Bemühungen von Dutzenden von Wissenschaftlern. Die "offizielle Version" von Katyn wird in allen polnischen Schulen unterrichtet. Neben dem Motiv des Antikommunismus wird "Katyn" als Waffe lebendig gehalten, um Russland zu schlagen, weil Russland der Erbe der Sowjetunion ist. Polen setzt seinen jahrelangen Kampf fort, "Katyn" für eine Instanz von "Völkermord" zu erklären und Russland zu zwingen, Reparationen an die Familien der Opfer zu zahlen.

Doch jetzt wissen wir, dass kein "Katyn" passiert ist – das heißt, keine einzige Kette von Ereignissen, in der Sowjets die polnischen Kriegsgefangenen erschossen haben. Aber polnische, ukrainische und andere Antikommunisten wollen dies in der Regel

nicht bestätigen. Noch viel weniger wollen sie, dass ihre eigenen Bürger oder die Welt die große sowjetische Schuld an Katyn überhaupt anzweifeln.

Die Geschichte von "Katyn" ist ein faszinierendes historisches Rätsel. Jedes ähnliche Ereignis in, zum Beispiel, der amerikanischen Geschichte würde schon vor langer Zeit die Aufmerksamkeit von Duzenden von Forschern, professionellen und Amateuren, erregt haben. Aber in Polen ist es "Tabu", auch nur einmal für eine Minute die offizielle "Die-Sowjets-taten-es"-Version von Katyn in Frage zu stellen. Daher die Vertuschung und die Verweigerung.

Trotzki in den 30er Jahren

Meine nächsten zwei Bücher werden die Aktivitäten Leo Trotzki in den 1930er Jahren untersuchen. In dem ersten Buche werde ich Dokumenten aus dem Harvard Trotzki-Archiv und der Nicolaevsky Sammlung in der Hoover Institution in Stanford, Kalifornien auswerten. Dank diesen Materialien wissen wir jetzt, dass Trotzki mit fast allem, was er über seine eigenen Aktivitäten und über die Sowjetunion während der ganzen Zeit der 1930er Jahre verbreitete, absichtlich gelogen hat.

Ich werde auch die Beweise, dass Trotzki mit den Deutschen und Japanern die Zusammenarbeit plante, diskutieren - Vorwürfe, die von der Staatsanwaltschaft und Angeklagten bei dem zweiten und dritten Moskauer Prozess Januar 1937 und März 1938 präsentiert wurden, und die allgemein als falsch zurückgewiesen werden. Das Buch wird auch kritisch die wesentlichen Biographien über Trotzki prüfen, die alleamt unehrlich, inkompetent, oder - in der Regel - beides sind.

Mein zweites Trozki-Buch wird Dokumente untersuchen, die erst vor kurzem aus ehemals sowjetischen Archiven veröffentlicht wurden. Diese Beweise geben zusätzliche Informationen über Trotzki's Verschwörung mit den Deutschen und Japanern, über Yuri Pjatakows heimliche Reise zu Trotzki in Norwegen im Dezember 1935 und über anderen Fragen.

Das erste Buch wird in diesem Jahr 2015 veröffentlicht; das zweite im nächsten Jahr.

Schluss

Die antikommunistischen "Wissenschaftler" haben alle Ressourcen von Bibliotheken, Archiven und das Geld ihrer kapitalistischen Staaten hinter sich. Wenn es in der Tat irgendein "Verbrechen des Stalinismus" gäbe, so wäre es unmöglich, dass solche spezialisierten Antikommunisten Beweise für solche nicht gefunden hätten.

Die Tatsache, dass die professionellen antikommunistischen Wissenschaftler wie Professor Timothy Snyder von der Universität Yale nichts als Lügen wiederholen, ist

der beste Beweis, den wir wahrscheinlich haben werden, dass es überhaupt keine "Verbrechen des Stalinismus" gibt.

Ich setze weiterhin meine Bemühungen fort, das Studium der sowjetischen Geschichte der Stalinzeit so objektiv wie möglich zu halten, was bedeutet: die Primärquellen-Nachweise sorgfältig zu identifizieren, zu lokalisieren, zu erhalten, zu studieren und Konsequenzen daraus zu ziehen, die seit der Öffnung der Trotzki-Archive und der sehr teilweisen Öffnung einiger ehemals sowjetischer Archive zur Verfügung stehen.

Ein genaues Verständnis der Geschichte der Stalinzeit in der Sowjetunion ist unerlässlich, wenn wir die Lehren, positive und negative, aus den Erfahrungen des ersten Arbeiterstaates ziehen wollen. Heute verstehen wir diese Geschichte nicht! Alle Versionen dieser Geschichte – die von Chruschtschow, die post-sowjetischen Chruschtschow-Versionen, einschließlich die Gorbatschow-Version, die trotzkistische Version und natürlich auch die offen antikommunistischen Varianten der Zeit des Kalten Krieges - alle sind falsch, zusammengebraut aus Lügen. Viele dieser Lügen haben ihren Ursprung in der Sowjetunion selbst, bei Chruschtschow und seinen Autoren, und dann bei Gorbatschow.

Wenn wir die Lehren, positive wie negative, der Stalin-Zeit in der Sowjetunion nicht ziehen, sind wir am ehesten dazu verdammt, ihre Erfahrung zu wiederholen - was bedeutet, ihr Versagen zu wiederholen. Denn der Sozialismus der Sowjetunion entwickelte sich nicht zum Kommunismus. Es ist wichtig, für die Arbeiterklasse der Welt, dass wir lernen, was die Sowjets positiv, richtig taten, und das, was sie negativ, unrichtig taten, was in die Restauration des Kapitalismus geführt hat.

Das Chruschtschow-Paradigma ist seit langem die vorherrschende Meinung über die Geschichte der "Stalin-Jahre" gewesen. Die Forschung, über die ich hier berichte, kann zu einem neuen Anfang beitragen. Die Wahrheit, die schließlich auftauchen wird, wird auch große Bedeutung haben für das großartige marxistische Projekt zum Verständnis der Welt, um sie zu ändern, das Projekt des Aufbaus einer klassenlosen Gesellschaft, der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit.

Ich bin froh, auf eine kleine Weise zu diesem wichtigen Ziel beitragen zu können.

Vielen Dank!

Grover Furr, Berlin, Humboldt-Universität, 30. 05. 2015

Fritz Dittmar: Zur Stellungnahme des Bezirksvorstands Südbayern der DKP

Der BV Südbayern hat eine Stellungnahme zum Referat von Hans Peter Brenner auf der Parteivorstandstagung veröffentlicht. Dort argumentiert der BV: „...wird Stalin (von HPB) - zu Recht - als Kronzeuge für den marxistisch-leninistischen Charakter der kommunistischen Partei aufgerufen. Eben deshalb (!) lehnen wir diesen Begriff für unser DKP-Selbstverständnis ab.“

Und wenn Stalin die Kugelgestalt der Erde feststellt, beharrt der BV Südbayern „eben deshalb“ auf der Scheibenform.

Wie eine kommunistische Partei beschaffen sein muss, ergibt sich aus der Analyse ihrer Aufgaben und nicht aus der Wertschätzung oder Verdammung der Personen, die diese oder jene Position dazu vertreten. Liebe Genossen aus Südbayern, eure Argumentation (Wer Leninismus will, ist Stalinist) ist negativer Personenkult!

Aber inhaltlich zu dem verteufelten Begriff des „Leninismus“. Dass er erst nach Lenins Tod unter dessen Nachfolger Stalin geprägt wurde, versteht sich ebenso, wie dass zu Marx Lebenszeit die Arbeiterparteien nicht vom „Marxismus“ sprachen. Aber Bebel, der seine theoretischen Differenzen mit Lenin hatte, wäre nicht auf die Idee gekommen, politische Gegner innerhalb der SPD als „Leninisten“ herabzuwürdigen, nur weil sie vom Marxismus sprachen.

Lenins Analyse revolutionärer Politik in der Periode des Monopolkapitalismus verdient eine eigene Würdigung über die Analysen von Marx und Engels hinaus. Die Begründung dafür hat der dritte Absatz von dem „fast eine Din-A4-Seite langen Stalinzitat“ überzeugend geliefert. Da hilft es auch nichts, wenn der BV sich mit Hinblick auf Stalins „Fehler und Verbrechen“ der Lektüre von Stalin verweigert, so wie „Kopf in den Sand“ auch dem Strauß nicht wirklich hilft.

Wären die Genossen des BV Südbayern ehrlicher, würden sie zugeben, dass sie den „Leninismus“ nicht nur deshalb ablehnen, weil Stalin ihn vertreten hat, sondern weil sie wesentliche Teile von Lenins Lehre selbst ablehnen. Und das mit gutem Grund: Lenin hat stets den Kampf gegen den Opportunismus als vordringliche Aufgabe der Partei dargestellt. Und eine Anmerkung aus Lenins „Was tun?“ aus 1902 passt auf den BV Südbayern „wie die Faust aufs Auge“: *„Wir haben uns ... zusammengetan, um gegen die Feinde zu kämpfen und nicht in den benachbarten Sumpf zu geraten...Und nun beginnen einige von uns zu rufen: gehen wir in diesen Sumpf!... Oh ja, meine Herren, ihr habt die Freiheit, zu gehen, wohin ihr wollt, selbst in den Sumpf; wir sind sogar der Meinung, dass Euer wahrer Platz gerade der Sumpf ist, und wir*

sind bereit, euch nach Kräften bei eurer Übersiedlung dorthin zu helfe. Aber lasst unsere Hände los....!“

Demagogisch und zynisch ist an dem Punkt „marxistisch-leninistischer Charakter der Partei“ der Appell des BV, nicht vom Parteiprogramm abzuweichen. Lenin hat zu seiner Schrift „der Imperialismus als höchstes Stadium...“ auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Text „in der verdammten Sklavensprache“ zu verfassen, also Formulierungen zu vermeiden, die der zaristischen Zensur das Verbot ermöglicht hätten. Als ich in den frühen siebziger Jahren in die DKP eingetreten bin, hat mir der Genosse und Widerstandskämpfer Franz Ahrens erklärt, dass dem entsprechend bei Gründung der DKP der Begriff „Marxistisch-Leninistische Partei“ im Programm vermieden wurde, weil genau diese Formulierung im Urteil gegen die KPD zu den Verbotgründen gehörte und ein neues Verbot hätte provozieren können.

Auf der Theorie-Konferenz 2010 in Hannover habe ich diese Argumentation wieder gegeben. Heinz Stehr erwiderte damals, nein, den Begriff „Marxismus-Leninismus“ lehnten wir wegen seiner dogmatischen Anwendung ab. Das fand ich damals ziemlich dreist. Da können dann ja Heinz und der BV Südbayern sich beim Verfassungsgericht bedanken, dass es uns mit dem Verbot geholfen hat, uns von unseren stalinistischen Irrwegen zu befreien.

(Den Text des BV Südbayern und das Referat von Hans Peter Brenner findet ihr im Netz unter www.kommunisten.de in: Gliederungen der DKP: DKP Südbayern.)

Fritz Dittmar, Hamburg

Gerhard Schiller: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - kurzer Überblick

1947 meldete ich mich freiwillig zur Volkspolizei und bekam beim Bewerbungsgespräch entsprechende Bögen zum Ausfüllen, worunter auch der Antrag um Aufnahme in die SED war. Ich gab alles ausgefüllt zurück, und so war ich ohne Kommentare Parteimitglied geworden. Kandidatenzeiten und Bürgen gab es damals nicht. Monatlich folgten dann politische Schulungen mit Vorträgen und Referaten, wo in punkto Geschichte gesagt wurde, für uns kommt nur die der deutschen Arbeiterbewegung in Betracht, die der Bourgeoisie und ihrer Vorgänger ist so einseitig und auf diese Herrscher zugeschnitten, dass sie zu keinem echten Geschichtsbewusstsein führen kann. Heute, da die DDR per Konterrevolution ausgehebelt wurde, ist zu erleben, wie diese Einseitigkeit und Zugeschnittenheit aussieht: Geschichte wird manipuliert, verfälscht, der Zusammenhänge beraubt und verlogen dargestellt. Diese Geschichte hatte nie

Höhepunkte für das Volk, aber gerade die der deutschen Arbeiterbewegung fand in der DDR ihren Höhepunkt, und von dieser Prämisse aus muss man sie betrachten und immer wieder in das Gedächtnis bringen sowie mit der kapitalistischen Gegenwart konfrontieren, um den Stand des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen. Da findet sich an erster Stelle, dass in der DDR alle werktätigen Menschen mitgenommen worden sind, manchmal auch mit Druck, denn wie soll eine bessere Gesellschaftsordnung zustande kommen, wenn nicht alle mitwirken. Die Menschen leben miteinander, anders geht es nicht. Das Miteinander und Zusammenleben fordert, dass sich jeder in die Gesellschaft einfügt. Ohne kann er nicht leben, auch die Gesellschaft nicht. In der BRD hingegen wird demonstriert, dass es nicht um eine bessere Gesellschaft für das Volk geht, sondern alles dem Erhalt der Ausbeuterverhältnisse untergeordnet ist. Wer nicht mitschwimmen kann, geht unter. Und da schließt sich der Kreis: Der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung hat ständig der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Volksmassen gegolten, die in der DDR gegeben war, wenn auch erst in den Grundlagen beim Aufbau des Sozialismus. Deshalb bin ich froh, bei diesem Aufbauwerk mitgewirkt zu haben.

Etappen der Entwicklung einer, der deutschen Arbeiterbewegung:

1.) Für die Lage der arbeitenden Menschen ist das Jahr 1840 charakteristisch: Schmutzige Arbeitsräume in kapitalistischen Fabriken, kleine Fenster, bleiche Gestalten an Menschen, Kinderarbeit, Arbeitszeit 15-17 Stunden. Diese Lage brachte das Proletariat in Bewegung, nur, wer sollte das verändern? Während die Kapitalisten Maschinen, Werkzeuge, Grund und Boden hatten, hatten die Arbeiter nur ihre Arbeitskraft. Dabei hatte Deutschland noch keine große Industrie, war an sich ein Agrarland mit Bauern und Handwerkern. Aber die industrielle Revolution kam von England und Frankreich herüber, die fortgeschrittener waren, denn dort gab es keine politische und ökonomische Zersplitterung wie in Deutschland und die dortigen Zentralregierungen übten Einfluss auf die Ökonomie aus. 1815 war der Deutsche Bund mit vielen Kleinstaaten gegründet worden, was hemmte.

2.) Für das Proletariat kam die Zeit der Sammlung der Kräfte. Die begann außerhalb des Landes, weil die eigenen Verhältnisse diese nicht zuließen. So wurde 1833 der aus Emigranten bestehende „Deutschen Volksverein“ in Paris gegründet, jedoch 1834 von der französischen Regierung aufgelöst. 1834 bildete sich wieder in Paris der „Demokratisch-Republikanische Geheimbund der Geächteten“. Er löste sich von allein auf, da er keine Arbeiterinteressen vertrat. 1836 entstand dann der „Bund der Gerechten“ in Deutschland. Er war die erste politische Arbeiterorganisation unter der Losung: Alle Menschen sind Brüder. Noch lieferte er keine wissenschaftliche Begründung, aber die erfolgte, als sich Marx und Engels einmischten, die gebeten wurden, organisatorische Grundsätze auszuarbeiten.

3.) Das Jahr 1844 ist bekannt, weil spontan die schlesischen Weber aufstanden dagegen, dass die Fabrikanten die bisherige Handweberei durch die Einführung von Webstühlen unterliefen, was produktiver war, aber Arbeitsplätze kostete. Die Weber stürmten die Fabriken und zerschlugen die mechanischen Webstühle, weil sie meinten, sie seien die Ursache ihrer Niederlage. Es wurde Polizei und Militär eingesetzt und die Aufstände blutig niedergeschlagen. Aber sie waren ein Signal!

4.) 1847 wandelte sich der „Bund der Gerechten“ in den „Bund der Kommunisten“ um, was Marx und Engels als Voraussetzung für ihre Mitarbeit forderten sowie die Umbenennung der Losung in: Proletarier, aller Länder, vereinigt euch! Marx und Engels hatten deutlich gemacht, dass nicht alle Menschen Brüder sind, sondern dass die kapitalistische Gesellschaft in Klassen gespalten ist. Sie traten dem Bund bei. Dieser beauftragte sie, ein Programm zu schreiben als Waffe in den Klassenschlachten; es war die Geburt des Kommunistischen Manifestes. Es wurde 1848 erstmals in London veröffentlicht. Es war auch ein Schlag gegen die utopischen Sozialisten, die es auch in England und Frankreich gab und die glaubten, mit Appellen an die Reichen, etwas von ihrem Reichtum für die Armen abzugeben, helfen zu können. So war klar, dass kein Appell hilft, sondern die Eigentumsverhältnisse verändert werden müssen.

5.) 1848 kam die bürgerliche Revolution nach Deutschland. Wobei die Februar-Revolution in Frankreich, die zweite nach 1789, der Auslöser war. Marx und Engels kehrten nach Deutschland zurück. Sie leiteten die „Neue Rheinische Zeitung“, das Sprachrohr der Revolution. Die am 6.3.1848 in Berlin ausgebrochenen Unruhen gab es am 13.3. in Wien, am 18.3. in Preußen, dem Hauptstaat Deutschlands, wo das Militär die Kundgebungen angriff und Barrikadenkämpfe stattfanden. Das Proletariat siegte. Die Truppen zogen sich aus Berlin zurück. Der König musste vor den Arbeitern den Hut ziehen. Er bildete ein liberales Ministerium, an dessen Spitze das Bürgertum (Bourgeoisie) stand. Die Hauptfrage der Revolution war die Einheit Deutschlands. Deren Fehlen hinderte das Bürgertum am Vorankommen. Am 18.5.1848 tagte die Nationalversammlung in der Paulskirche Frankfurt/ Main, die Marx als Schwatzbude bezeichnete, weil sie keine Entscheidungen und Handlungen auf den Weg brachte. Sie wurde schließlich am 1.6.1848 vom Militär auseinandergejagt, die Konterrevolution sammelte sich.

Aber das Bürgertum hat die Arbeiter, die Träger der Revolution waren, verraten und sich aus Angst vor dem Proletariat mit der Reaktion verbunden, dem Junker- und Preußentum, was auch daran lag, dass noch keine proletarische Partei bestand. Es blieb also beim Feudalismus, aber mit bürgerlichem Einschlag.

6.) 1871 gründete Bismarck das erste Deutsche Reich, dem Preußens Militär den Stempel aufdrückte. Aber die Arbeiterbewegung war gewachsen, da ja 1863 von

Lassalle der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ und 1869 in Eisenach die SPD unter August Bebel gegründet worden waren. 1875 fand in Gotha deren Parteitag statt, Die Vereinigung war ein Erfolg für die der Einheit der Arbeiterbewegung. Dagegen richtete sich das Sozialistengesetz, das 1878 erlassen wurde und die Arbeiterbewegung schwächen sollte. Aber ihre Bewegung entwickelte sich in der Illegalität oder gerade dadurch weiter, so dass das Parlament 1890 dieses Gesetz nicht verlängerte mit der Folge, dass sein Initiator, Bismarck, abtreten musste. Das war ein Sieg, die SPD wurde legal und wuchs, war eine revolutionäre Partei. Es bildeten sich Arbeitervereine, Sport, Gesang, Wanderungen, die Konsumgenossenschaften sowie Bildungskurse und Gewerkschaften. Aber auch das Kapital konzentrierte sich, Kolonialpolitik wurde betrieben, der Einfluss der Monopole wuchs; Gründerjahre ist der typische Ausdruck für diese Zeit. Auf dem Parteitag 1891 in Erfurt gab sich die SPD ein neues Programm, und zog die Lehren aus dem Kampf gegen das Sozialistengesetz.

1889 war in Paris die Sozialistische Internationale gegründet worden. Aber mit dem Übergang zum neuen Jahrhundert wuchs der Kapitalismus der freien Konkurrenz in das Monopolstadium hinüber und es drohte ein Krieg um die Neuaufteilung der Welt, weil Deutschland da, siehe Kolonien, zu kurz gekommen war. In die SPD war aber schon der Revisionismus eingezogen. August Bebel hatte zwar beim Parteitag 1903 in Dresden den Revisionismus begründet zurückgewiesen, aber der Spuck blieb. Es entstanden Strömungen in der Partei, die nicht mehr revolutionär zum Sozialismus kommen wollten, sondern Illusionen verbreiteten darüber, wie man evolutionär, friedlich in den Sozialismus hineinwachsen könne. Die drei Strömungen in der Partei waren 1. die Revisionisten, 2. die Zentristen, die zwar gegen den Revisionismus und für den Marxismus waren, aber nichts gegen den Revisionismus unternahmen und ihn so immer weiter wachsen ließen, und 3. die Linken, u.a. Liebknrecht, Luxemburg, Mehring, Zetkin, die gegen den drohenden Krieg aufriefen und zur Einheit. 1912 hatte die SPD in Stuttgart bei der Internationale mitgestimmt, alles gegen den Ausbruch eines Krieges zu tun, aber, das zeigt ihre Zerrissenheit, 1914 mit Ausnahme von Karl Liebknrecht für die Kriegskredite und damit für den Krieg gestimmt und verkündet, das Vaterland sei in Gefahr, da sei Burgfrieden mit der Bourgeoisie angesagt.

Der erste Streik, der politischen Charakter hatte, war der der Chrimmitschauer Textilarbeiter im August 1903 und Januar 1904, wo die bewaffnete Macht eingriff. 1904 gründete sich die 1. Arbeiterjugendorganisation in Berlin, 1905 streikten 21.000 Ruhrarbeiter, Klara Zetkin entwickelte die proletarische Frauenbewegung.

7.) Anfang des 20. Jahrhunderts bildeten sich die Mächtegruppierungen heraus, die sich dann im 1. Weltkrieg gegenüberstanden. Ein verstärktes Wettrüsten setzte ein, unverhüllte Forderungen auf Neuaufteilung der Welt stellte vor allem Deutschland.

Am 4.8.1914 stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag den Kriegskrediten zu und im Laufe des Krieges immer wieder, da diese immer wieder neu beantragt werden mussten. Damit hatte die SPD das Proletariat, die Sozialistische Internationale und sich selbst und ihre eigene Geschichte verraten. Chauvinismus machte sich breit: „Jeder Schuss ein Russ, jeder Stoß ein Franzos, jeder Schritt ein Brit.“ Karl Liebknecht warnte: Der Feind steht im eigenen Land! 1915 kam es zur 1. Antikriegsdemonstration der Frauen in Berlin. Am 1.5.1916 rief Liebknecht auf einer Kundgebung: Nieder mit der Regierung, nieder mit dem Krieg = Festungshaft! Am 1.1.1916 gründete sich die Spartacusgruppe. 1916 kam es zu Kampfaktionen der Jungarbeiter. Im April 1917 wurde von zentristischen Führern die USPD gegründet

8.) Der 1. Weltkrieg hatte seine Ursache in den Widersprüchlichkeiten der imperialistischen Staatenblocks. Vom Charakter her war er ein imperialistischer Raubkrieg. Große Teile der Bevölkerung waren verwirrt. Man glaubte an einen schnellen Sieg, einen kurzen „Blitzkrieg“. Doch der Kriegsverlauf war anders, schon 1914 war die Niederlage in der Marneschlacht ausschlaggebend. Stellungskrieg kam. Die Arbeiterbewegung war gespalten, die II. Internationale zusammengebrochen. Die Sozialdemokraten waren in der Krise. Da kam aus Russland die Meldung von der Februar Revolution 1917, die den Zarismus stürzte und bürgerlich-demokratische Verhältnisse schuf. Die neue russische Regierung wollte aber am Krieg festhalten, der verpönt war und weshalb die Bolschewiki nahezu zur Überleitung dieser revolutionären Stimmung in die sozialistische Oktoberrevolution gezwungen waren. Nur fehlten in Russland dafür die Voraussetzungen, so dass Lenin auf die Revolution in Deutschland setzte, als Lokomotive, die den leeren Waggon Russland wieder aufs richtige Gleis bringt. Da sich Hunger, Not und Kriegsgegnerschaft in Deutschland gesteigert hatten und die Front zerfiel, kam es auch zur Novemberrevolution 1918, es war eine revolutionäre Situation vorhanden. Am 3.11.1918 kam es zum Kieler Matrosenaufstand gegen die Fortführung des Krieges, zwei Tage, dann war Kiel in der Hand der Matrosen, fünf Tage, und die Revolution war in ganz Deutschland. Es bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte. Am 9.11.1918 kam es zum Generalstreik und bewaffneten Aufstand in Berlin.

Die Hohenzollern und der Kaiser wurden gestürzt, die Fürstentherrschaft beseitigt, demokratische Rechte und Freiheiten erobert, die „Rote Fahne“ erschien. Der 8-Stunden Tag wurde Wirklichkeit. Aber die SPD-Führer paktierten mit der Konterrevolution, Ebert hatte ja gesagt, weil das Machtvakuum vorherrschte, da muss die SPD eben in die Bresche springen. Ebert wollte sogar den Fortbestand der Monarchie. Die Macht gelangte in die Hände von Ebert/ Scheidemann, es wurde die Reichsrätekonferenz im Dezember 1918 abgehalten, 250.000 Demonstranten forderten: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! Die SPD setzte aber durch, dass auf dieser Konfe-

renz die Mehrheit für den bürgerlichen Parlamentarismus stimmte anstatt für eine Räterepublik.

So wurde die revolutionäre Stimmung abgeblockt, die Revolution abgewürgt und die Bolschewiki hatten keine Unterstützung in Europa und mussten in dem unterentwickelten und für eine sozialistische Revolution subjektiv wie objektiv ungeeignetem Land allein den Sozialismus aufbauen, was zunächst gar nicht möglich war angesichts der Not und Seuchen u.v.a.m. im Land und der Intervention von 14 Armeen aus kapitalistischen Ländern von allen Grenzen her - nach der Churchill-Devise: „Das Kind gleich in der Wiege erdrosseln, ehe es zu spät ist.“ Die Gewalt wurde also in das neue System hineingetragen, ihm aufgezungen.

In Deutschland gründete sich am 30.12.1918/ 1.1.1919 die KPD, was ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war. Aber die SPD-Regierung, die mit den Reichswehrverbänden aktiv paktierte, verriet die noch bewaffneten Arbeiterorganisationen und ließ Luxemburg und Liebknecht ermorden. Noske bekannte öffentlich, einer - er müsse der Bluthund sein. Ebert paktierte mit den revanchistischen Freikorpsführern und sagte, er wolle die Revolution nicht, er hasse sie wie die Pest.

9.) Die Zeit von 1919 bis 1924 ging als die der revolutionären Nachkriegskrise in die Geschichte ein. Die Sowjetunion konnte durch den Sieg über die Interventen und den Sieg über die innere Konterrevolution 1922 mit dem friedlichen Aufbau beginnen. Indes verschärfte sich die allgemeine Krise des Kapitalismus international, in vielen Ländern entstanden kommunistische Parteien. Im März 1919 wurde in Moskau die Kommunistische Internationale gegründet, überschrieben vom proletarischen Internationalismus. In Deutschland nahmen die Kämpfe trotz der Niederlage im Januar 1919 zu: Februar Generalstreik der Ruhrbergarbeiter, im März Generalstreik in Mitteldeutschland und Thüringen, in Berlin, dann Streik der Bergarbeiter Oberschlesiens, April in Stuttgart und wieder der Bergarbeiter. Es ging um die Verbesserung der Lebenslage, Entwaffnung der Freikorps und damit der Konterrevolution, Sicherung der Rechte der Betriebsräte. Das Bündnis der SPD-Führer mit der Konterrevolution verhinderte die Mitbestimmung in Betrieben. Insgesamt führten diese Kämpfe nicht zu den gewünschten Ergebnissen, weil sie isoliert und ohne einheitliche Führung blieben. Der blutige Terror der Reaktion führte zum Tod der besten Arbeiterführer.

So konstituierte sich die Weimarer Republik auf Grundlage der Verfassung vom August 1919. Es war eine Klassenherrschaft des Monopolkapitals und der Junker. Die Novemberrevolution hatte aber gewisse demokratische Rechte und Freiheiten gegenüber dem Absolutismus gebracht. Es gab trotzdem keine Ruhe, weil der Versailler Raubfrieden (6/1919) die nationale Frage verschärfte durch doppelte Ausbeutung, Beschränkung der Souveränität Deutschlands als Konkurrent. Das nutzte Deutschland zur Intervention gegen die Sowjetunion durch Besetzung der baltischen Länder, wo

die Sowjetmacht blutig niedergeschlagen wurde, was mit dem Einverständnis der Westmächte erfolgte. Demagogisch gab die SPD die Losung heraus: „Der Sozialismus marschiert“. Im März 1920 fand der Kapp-Putsch statt mit dem Ziel, eine schnelle Wendung herbeizuführen zur endgültigen Beseitigung der Errungenschaften der Novemberrevolution, zur völligen Niederschlagung der Arbeiterbewegung und Schaffung einer Militärdiktatur. Durch einen Generalstreik von 12 Millionen Werktätigen und die Säuberung des Industriereviere Ruhr durch die 100.000 Mann starke Rote Ruhrarmee scheiterte der Putsch. Nach Aufständen in Sachsen und Thüringen hatte sich spontan die Rote Ruhrarmee gebildet, die das Ruhrgebiet befreite von der Reichswehr nach dem Generalstreik. Die SPD schickte Svering ins Ruhrgebiet, der am 3.4.1920 durch haltlose Versprechungen die Lage bereinigte, danach wurde die Ruhrarmee grausam zerschlagen und Severing sagte später: „Und doch finde ich eine stille Genugtuung bei diesem grausamen Geschäft.“ In Mitteldeutschland war es durch Provokation der Konterrevolution (Polizei besetzte Großbetriebe) zu den März-Aufständen 1921 gekommen. Durch einen Wahlsieg im Februar 1921 hatte die KPD erstmals 31 Mandate im preußischen Landtag errungen. Im April 1922 wurde der Vertrag von Rapallo unterzeichnet. 1923 die Ruhr durch Frankreich besetzt, was die sich abzeichnende Wirtschaftskrise verstärkte und zur Inflation zulasten des Volkes führte. In vielen Betrieben bildeten sich proletarische Hundertschaften zum Schutz gewerkschaftlicher Einrichtungen, wie Kontrolle des schwarzen Marktes und Versorgung der Bevölkerung. Ihren Höhepunkt und das Ende fanden die Kampfaktionen von Sommer bis Herbst 1924 durch den Hamburger Aufstand, für diesen zugesagte Unterstützungen aus anderen Landesteilen blieben aus, die KPD-Führung unter Brandler und Thalheimer hatte den Aufstand abgesagt. So stand der Hamburger Aufstand allein.

In ganz Deutschland bestand Ausnahmezustand, die Reichswehr hatte volle Gewalt, die Verfassung galt nichts mehr. In Sachsen und Thüringen waren im Oktober 1923 Arbeiterregierungen entstanden, doch die Reaktion zerschlug alle Bewegungen einschließlich des Hamburger Aufstandes,

10.) Die Zeit von 1924 bis 1929 ist die der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Die revolutionäre Nachkriegskrise war zu Ende, es setzte ein zeitweiser ökonomischer Aufschwung ein. Deutschland nahm 800 Millionen Auslandsanleihe auf, konzentrierte die Monopole, reorganisierte das Wirtschaftssystem. Die Wirtschaft ging in den staatsmonopolistischen Kapitalismus über. Methode waren kapitalistische. Rationalisierungsmaßnahmen und weiterer Abbau von Errungenschaften der Revolution. 1924 gab es anderthalb Millionen Arbeitslose, vom 8-Stunden-Tag ging es auf den mit 10-12 Stunden, Fließbandarbeit setzte ein. Auf dem Kieler Parteitag 1927 beschloss die SPD die Beteiligung an der Regierungskoalition, wieder mit dem Ziel des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus. Auf dem 11. Parteitag der KPD 1927 wurde

Thälmann zum Vorsitzenden gewählt. Hindenburg wurde 1925 Reichspräsident, was ein Sieg des Militärs war. Im gleichen Jahr trat Deutschland dem Völkerbund bei und vergrößerte 1927 die Reichswehr.

11.) Die Zeit von 1929 bis 1933 ist die der Weltwirtschaftskrise. Die von den USA ausgehende Krise kam 1926/27 nach Deutschland und wirkte 1929 in allen kapitalistischen Ländern. Ursache war die Verschärfung aller kapitalistischen Widersprüche. In Deutschland gab es 8 Millionen Arbeitslose, davon 1,2 Millionen Jugendliche, der Wochenlohn sankt von 45 auf 20 Mark, auf dem Lande gab es Zwangsversteigerungen der Bauern. Das führte zur ersten Demonstration am 1.5.1929, es gab ein Verbot der Maidemonstration, daraufhin Streiks in ganz Deutschland, der Rote Frontkämpferbund und die Rote Fahne wurden verboten, es setzte die Orientierung auf eine faschistische Diktatur ein. Notverordnungen kamen, Lohnsenkungen bis 15 %. Mit dem 5-Pfennig-Abkommen je geförderter Tonne Kohle setzte die erste finanzielle Unterstützung der Nazis ein. Die Nazis nutzen die Lage, versprachen alles, hetzten gegen die Sowjetunion, gegen die Juden, setzten der Lüge vom fehlenden Lebensraum um, redeten vom starken Mann, der Deutschland fehle. Die USA stundeten 1931 restliche Reparationen, was Freiheit für die Rüstung bedeutete. Die KPD bot der SPD die Aktionseinheit im Kampf gegen Hitler an, was diese ablehnte und meinte, Hitler sei das kleinere Übel und werde sich von selbst abwirtschaften.

Wahlergebnisse 2/1932 zum Reichspräsident:

Hindenburg	19,3 Millionen Stimmen
Hitler	13,4 Millionen Stimmen
Thälmann	3,7 Millionen Stimmen

Wahlen zum Reichstag 7/1932

NSDAP	13,7 Millionen Stimmen
KPD	5,3 Millionen Stimmen
SPD	7,9 Millionen Stimmen
KPD und SPD zusammen:	13,2 Millionen Stimmen

Wahlen zum Reichstag 11/1932

NSDAP	11,2 Millionen
KPD	6,6 Millionen Stimmen
SPD	9,1 Millionen Stimmen
KPD und SPD zusammen:	15,7 Millionen Stimmen (!)

Durch die Aktionseinheit wäre also die Machtübergabe an die Nazis zu verhindern gewesen. So hat Hindenburg am 30.1.1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt; ohne Wahlen. Die ersten Wahlen setzten die Nazis am 5.3.1933 an, wo dann die NSDAP

17,7 Millionen Stimmen bekam (keine absolute Mehrheit), KPD 4,8, SPD 7,2 und sonstige 9,5. Millionen Stimmen.

12.) Nach der Machtübergabe haben die Nazis den Abgeordneten der KPD die Mandate entzogen und die KPD verboten, KPD-Mitglieder listenmäßig erfasst, verhaftet und eingesperrt, auch die der SPD, die am Anfang noch glaubten, nicht in Betracht zu kommen. Die Nazis zündeten den Reichstag als Vorwand dafür an, gegen demokratische Organisationen vorgehen zu können. Dann verboten sie auch die SPD, liquidierten die Gewerkschaften und alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung. 1933 trat Deutschland aus dem Völkerbund aus, um sich der Rüstungskontrolle zu entziehen. 1934 schloss Nazi-Deutschland mit Polen einen Nichtangriffspakt ab, um dieses Land in Sicherheit zu wähen. 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, was einen Bruch des Versailler Vertrages darstellte betreffs Rüstungsbeschränkungen. 1935 schlossen die Hitlerfaschisten mit England und Frankreich ein Flottenabkommen ab, das den Bau größerer Kriegsschiffe erlaubte. Göring verkündete 1936 den ersten Vierjahrplan, der vor allem der Rüstungswirtschaft diente. 1936 erfolgte die militärische Generalprobe im Spanienkrieg, im gleichen Jahr schlossen sie mit Japan und Italien den Antikominternpakt ab, also einen Pakt gegen den Kommunismus.

1938 erfolgte die Annexion Österreichs. Hitler wollte dessen Anschluss, weil dort gute Industrien, vor allem Rüstungsindustrien, waren. Auf Grund des Druckes von Hitlerdeutschland hat die österreichische Regierung offiziell für den 13.3.1938 eine Volksbefragung darüber angesetzt, ob der Anschluss mit Deutschland vollzogen werden soll oder nicht. Wie dies ausging, war zu erwarten: Gegen die Ansprüche Hitlers. Deshalb marschierten deutsche Truppen bereits am 11.3.1938 in Österreich ein und es bedurfte keiner Volksbefragung mehr. Dann kam es im März 1938 zum Münchener Abkommen. Hitler wollte das Sudetenland wegen seiner Rohstoffbasis. Die Henleinbewegung bereitet dort als 5. Kolonne alles vor und fordert am 13.9. von Deutschland Freikorps an. England und Frankreich, die mit der CSR einen Beistandspakt hatten, teilten am 19.9. mit, dass die Sudetengebiete nicht mehr in der Hand der CSR bleiben können. Sie müssten an das Reich(!) abgetreten werden. Das würde der Aufrechterhaltung des Friedens dienen. Am 20.9. antwortete die CSR Regierung auf dieses Ultimatum: sie sei nicht gehört worden und nicht einverstanden. Am 21.9. wurden die Botschafter Englands und Frankreichs beim tschechischen Präsidenten Benesch vorgestellt: Wenn die CSR nicht mitmache, können die Beistandspflichten nicht wahrgenommen werden. Am gleichen Tage kapitulierte die Regierung der CSR unter diesem Druck, worauf Hitler sofort am 23.9. seine Ansprüche auf Erledigung der Rest-Tschechei erhöhte. Die Westmächte nickten ab und meinten wieder, damit sei der Friede gesichert. Am 14.3.1939 sah Hitler den Zeitpunkt für gekommen und rief den tschechoslowakischen Außenminister Hacha nach Berlin. Göring drohte, dass im

Falle einer Ablehnung der Forderung die Luftwaffe bereit stünde, Prag vollständig zu zerstören. Hacha gab nach. Noch am gleichen Tage erfolgte der Einmarsch.

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall auf Polen ohne Kriegserklärung der 2. Weltkrieg.

13.) In der Zeit der faschistischen Diktatur gingen die Nazis mit Terror bis 1945 gegen die KPD vor. Von rund 300.000 Mitgliedern wurden 150.000 verfolgt, eingekerkert oder in Konzentrationslager verschleppt und ermordet. Die KPD leistete aber als einzige Partei mit Hilfe der Kommunistischen Internationale und der Sowjetunion sowohl in der Emigration als auch im Inland bis zur Zerschlagung des Faschismus organisierten Widerstand. Allerdings gelang es ihr nicht, die Selbstbefreiung Deutschlands herbeizuführen. Ursachen dafür waren der faschistische Terror, materielle Korruption großer Bevölkerungsteile auf Kosten anderer Völker, die faschistische Ideologie, insbesondere Antikommunismus und Rassismus, der Mißbrauch nationaler Gefühle durch die Nazis und der Glaube vieler Deutscher an die Lüge, eine Niederlage Hitlers ziehe die Vernichtung Deutschlands nach sich.

Der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über die faschistischen Aggressoren brachte die Befreiung des deutschen Volkes von der Nazi Diktatur. Sie schuf auch günstige Bedingungen, um Imperialismus, Militarismus und Faschismus in Deutschland zu beseitigen.

Allein in der sowjetischen Besatzungszone wurden diese Beschlüsse des Potsdamer Abkommens verwirklicht, was darauf zurückzuführen ist, dass die Anwesenheit der Roten Armee bzw. der SMAD ein Klima gewährleisteten, in dem die eigenen fortschrittlichen Kräfte (Antifaschisten, Kommunisten, Sozialdemokraten) und Übernahme sowjetischer Erfahrungen sowie marxistischen Gedankengutes eine neue Zeit ohne kapitalistische Ausbeutung möglich machten.

Das bedeute einen Aufschwung in der Arbeiterbewegung nach der Nazi Diktatur. Es konnte der Schwur von Kommunisten und Sozialdemokraten aus dem KZ Buchenwald eingelöst werden, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse nach einem Entkommen aus dieser Hölle herzustellen. Demokratische Parteien waren bereits 1945 von der SMAD zugelassen worden, so dass im April 1946 der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD mit Schaffung der SED gekrönt werden konnte. Die SED wurde zu führenden Kraft in der SBZ und Unterpfeiler einer neuen Gesellschaftsordnung. Gestützt auf die fortschrittliche Allianz konnten Nationalisierungen wie die der Banken, Versicherungen und des Verkehrswesens vorgenommen werden sowie eine Bodenreform nach der Devise „Junkerland in Bauernhand“ erfolgen. Die Volkswirtschaft wurde organisiert und die Industrialisierung mit Überwindung der Disproportionen, die durch die Spaltung des Landes entstanden waren, eingeleitet. Dem kam entgegen,

dass 1946 in Vollzug der Potsdamer Beschlüsse die Nazi- und Kriegsverbrecher in der SBZ enteignet wurden. Mit Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum entstand der erste Grundstock für einen volkseigenen Sektor in der Industrie. Die Sowjetunion unterstützte im Gegensatz zu den westlichen Besatzungsmächten die antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen des deutschen Volkes. Diese Umwälzungen in der Zeit von 1945 bis 1949 in der SBZ waren die wesentlichen Voraussetzungen für den Übergang zum Aufbau des Sozialismus.

Den Sozialismus zu wollen ist das eine, der Weg dorthin das andere. Im Falle DDR ergab sich eine Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus von 1945 bis Ende der 1960er Jahre. In dieser Zeit galt es, die Muttermale des Kapitalismus Zug um Zug zu überwinden und im gleichen Verhältnis antifaschistisch-demokratische Verhältnisse zu schaffen, denn die DDR wurde 1949 nicht als sozialistischer Staat, sondern als anti-faschistisch-demokratische Ordnung gegründet. Nach der Deutschlandpolitik der Sowjetunion war gar keine DDR vorgesehen, sondern ein gesamtdeutscher Staat, aber ein neutraler, damit sich das Trauma des Überfalls und seinen Folgen nie mehr wiederholt. Wegen der Spaltungspolitik der Westmächte („Lieber das halbe Deutschland ganz, als der ganze Deutschland halb“) musste die DDR als Bollwerk gegen den Revanchismus und den Antikommunismus errichtet werden.

Erst im Jahre 1952 verkündete Walter Ulbricht, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Das entsprach den Interessen der deutschen Arbeiterbewegung, weil sie für so eine staatliche Grundlage gekämpft hatte und das der Auftrag war, den die DDR zu erfüllen hatte. 1961 konnte die DDR feststellen, dass der volkseigener Sektor die Kommandohöhen in der Volkswirtschaft ausmachte. Gleichzeitig war die Kollektivierung der Landwirtschaft erreicht und die Staatsgrenze West gesichert. Es konnte der umfassende Aufbau des Sozialismus beschlossen und die revolutionären Umwälzungen in die sozialistische Revolution übergeleitet werden.

1973 wurde die DDR als Vollmitglied in die UNO aufgenommen, wodurch eine Welle diplomatischer Anerkennungen einsetzte; 1981 war die DDR von 131 Staaten diplomatisch anerkannt. Für die deutsche Zweistaatlichkeit war der Abschluss des Grundlagenvertrages mit der BRD 1972 von Bedeutung, regelte er doch die nachbarschaftlichen Beziehungen bei Anerkennung der territorialen Integrität und Grenzen.

Schlussfolgerungen

Insbesondere ab den Jahren 1972 ff konnten sozialpolitische Maßnahmen greifen, die Wohnungsfrage als sozial Frage zu lösen, Löhne und Gehälter sowie Renten zu erhöhen wie die gesellschaftlichen Fonds überhaupt wie die Aufwendungen für Arbeit, Erziehung, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen und die Sozialfürsorge zu stärken, was eine Verfassungsaufgabe war.

Bei allen Fehlern, Mängeln und sonstigen Unzulänglichkeiten hat die DDR den Nachweis erbracht, dass Menschen in einem Arbeiter- und Bauernstaat frei von kapitalistischer Ausbeutung und Ausbeutern bessere Arbeits- und Lebensbedingungen haben. Faktisch ist das nur eine Frage des jeweiligen Entwicklungsstadiums, das durch den ständigen Kampf um die Selbsterhaltung gehemmt wurde. Doch die DDR ist ehrlich durch eigene Kraft gewachsen, eine Entwicklungsgesellschaft, wo jedes neue Jahrzehnt der Entwicklung qualitativ höher als das vorhergehende war.

Die DDR war ein Rechtsstaat, ein sozialistischer. Er hatte seine Bürger zu schützen und über das Recht Verhaltensweisen zu gewährleisten, die für die Gesellschaft fördernd und nicht gefährlich waren. Den Kreisen, die im Namen des Volkes enteignet und von der Macht verdrängt wurden, ist in ihrem Sinne natürlich Unrecht geschehen, was aber kein Maßstab für die neue Macht ist. Und die neue Macht hat neues Recht geschaffen und durchgesetzt.

Was wäre aus Deutschland und Europa geworden, hätte es nicht die DDR gegeben? Die BRD hat nach 1945 ein Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937 gefordert. Das war Revanchismus, der durch die DDR gezügelt wurde, ebenso die Präsenz der Alt-Nazis in führenden Staatsposten. Auch hätten die Ostdeutschen unter dem Joch des Kapitalismus leben müssen und keine Perspektive oder Alternative zu diesem System kennen gelernt und gehabt.

Es gibt tatsächlich keine Geschichte an sich. Mit der Gesellschaft ist auch die Geschichte gespalten. Alle Herrscher und Klassen formulieren sie zu ihren Gunsten. Die bürgerliche, die kapitalistische, ist die der Bourgeoisie und nicht die des Volkes. Sie und die monarchische Geschichte und die der Sklavenhalter bestimmen das Ausbeutungszeitalter. Die Kirchengeschichte hilft ihnen dabei. Die neuere deutsche Geschichte war geprägt von der Zweistaatlichkeit mit ihren unüberwindbaren Klassen-gegensätzen. Heute erlebt man, wie die BRD die Geschichte der DDR verteufelt und in ihre Einseitigkeit einordnet und verdreht. Aber die DDR war keine Fußnote der Geschichte

Die DDR war der erste deutsche Friedensstaat. Der Frieden war Regierungsprogramm. Es wurden keine Eroberungskriege geplant oder gar Völkermord. Die Grenzen aller Nachbarstaaten waren völkerrechtlich als unverletzbar und unveränderbar anerkannt. Die DDR wurde von allen Nationen wegen ihrer konstruktiven Politik für Verständigung, Abrüstung und Frieden wie wegen ihrer Beiträge zur Lösung internationaler Konflikte gelobt, eingeschlossen die aktive Solidarität mit den Völkern. Die DDR wurde kein einziges Mal international angeklagt, verurteilt oder auch nur beschuldigt.

Gerhard Schiller

Jahrestag der Erinnerung an das Massaker von Odessa

Brigitte Queck: Odessa-Massaker - 1. Jahrestag der Erinnerung

Am 2. Mai 2015 jährte sich das Massaker im Gewerkschaftshaus in Odessa, der über 100 verbrannten, verstümmelten und erschossenen ukrainischen Bürger durch den faschistischen Mob.

Dazu schrieb Professor Chossudovsky:

„Die Neo-Nazi Mobs in Odessa wurden mit Unterstützung des Kiewer Regimes einbezogen in eine Terroristenoperation, die darauf zielte, unschuldige Zivilisten zu ermorden.

Da ging nichts spontan, oder zufällig vonstatten bei dieser teuflischen und kriminellen Unternehmung, die bei dem Massenmord von föderalen Aktivisten innerhalb des Gewerkschaftshauses stattfand. Das Gebäude wurde in Brand gesetzt als Teil einer sorgfältig geplanten paramilitärischen Operation.

Tatsachenmaterial belegt, dass die US-NATO direkt an der Niederschlagung der so genannten „pro-russischen“ Aktivisten beteiligt war, die sowohl den Rechten Sektor, als auch die Nationalgarde der Kiewer Regierung beraten haben“

Zu diesem Zweck wurde am Sonnabend, den 2. Mai 2015 von 18-21.00 Uhr vor dem Brandenburger Tor der am 2. Mai 2014 Ermordeten in Form von Blumenniederlegungen, Kerzen, Reden, sowie Live-Musik gedacht.

Diese Manifestation wurde von Vertretern der Freidenker, KPD, DKP, Partei Die Linke, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), GBM, GRH und Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg unterstützt.

Hier Videos dazu:

<http://gallery.ken-gu-ru.de/index.php/2-Mai-Berlin>

<https://www.youtube.com/watch?v=zIxZ4-BnM8A>

<http://www.rtdeutsch.com/18671/headline/jahrestag-des-massakers-von-odessa-aktivisten-verfolgt-ihre-demos-verboden-aber-rechtsradikale-duerfen-marschieren/>

Brigitte Queck

Bücher

Gerhard Feldbauer: Bücherangebot

Der Genosse Gerhard Feldbauer muss einen Teil seiner umfangreichen Bibliothek abgeben. Er hat uns gebeten, ihn dabei durch Bekanntmachen seines Angebotes zu unterstützen. Da er Strafrechtler ist, kann er die Bücher nicht einfach verschenken, sondern muss sie verkaufen. Seine Preisvorstellung für das gesamte Paket liegt bei 1.000,- Euro. Gerhard Feldbauer hat mit der Veröffentlichung seiner Mail-Adresse schlechte Erfahrungen gemacht, deshalb meldet Ihr Euch bei Interesse bitte bei uns, entweder Tel: 0511 – 5294782, oder Mail: redaktion@offen-siv.com.

Redaktion offen-siv

Und nun Gerhard Feldbauers Angebot:

- * Wegen Umzug u. a. Gründen müssen etwa 650 Bücher abgegeben werden:
- * Publikationen zur deutschen und internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, darunter 5 Bd. Mao tse Tung mit Militärischen Schriften,
- * zum nationalen Befreiungskampf,
- * Asien, Naher Osten (u. a. 4 Bd. Geschichte der Araber, mehrere über Israel),
- * Afrika, u. a. Reiseliteratur 19. Jh., und für Kenner Revolution ohne tam-tam, Lwinos Lied, Otschols Lied und Die Zeit des Würgers,
- * Lateinamerika (Allende, Corvalan, Che Guevara, Tamara Bunke), zu Kuba und Venezuela,
- * antifaschistischer Widerstand, darunter Braunbuch über den Reichstagbrand, Faksimilendruck des Originals von 1933, France-Die rote Lilie, Malraux-so lebt der Mensch,
- * USA: Indianer-Bücher, dann viel Graham Greene, Hemingway (6), Traven (3), Miller, Mailer,
- * Geschichte: viel Mittelalter, u. a. Leopold Ranke – Französische Geschichte, Preußische Geschichte, Golo Mann, Mommsen, über Bismarck,

- * Viele DDR-Veröffentlichungen (Strittmatter, Kant, Neusch, Hacks, Sakowski, Bodo Uhse, Erich Weinert, Karau und die (was wenig bekannt) Veröffentlichungen von Heym - Die Papiere des Andreas Lenz- 2 Bd. und Kreuzfahrer von heute,
- * BRD u. a. Böll und Lenz,
- * Sowjetliteratur, darunter viel über Großen Vaterländischen Krieg,
- * Klassiker der Weltliteratur (deutsche, u. a. Werth, Bräker, Bürger, Reuter), russische, darunter von Leo und Alexej Tolstoi, französische, u. a. Dumas- Graf von Monte Christo, englische - Scott – das Herz von Midlothian,
- * Prachtbände und Raritäten wie La Fontaine-Die Fabeln, Cervantes-Don Quixote, Chrysanthenen im Spiegel, Riemenschneider 1935, mit 76 Abbildungen, Land der Etrusker, Das Papageienbuch, Gothes Italienreise, Wilhelm Busch (4 Bd.). Chinesische Kunst, Tausend und eine Nacht (4 Bände), Reiners Stilkunde und Riesels Stilistik der deutschen Sprache, Richters Familienhandbuch,
- * Biographien, u. a. Karl der Große und Alexander der Große, Giordano Bruno, Die Medici, Abraham Lincoln, Norman Mailer, Churchill 4 und 2 Bd., Roosevelt 2 Bd., Gerhard Kegel, Heinz Hoffmann, Brandt 2 Bd., Hindenburg, De Gaulle, Adenauer, Weizsäcker, Helmut Schmidt, Henry Kissinger, Ronald Reagan,
- * Geheimdienst-Publikationen, darunter Nollau Das Amt, Schramm Der Geheimdienst, Mader Nicht länger geheim.
- * Zur Nato und USA-Kriegspolitik,
- * Extreme Rechte in der BRD und Europa, darunter zur CDU/CSU-Haltung,
- * Viele Lexika, darunter gut verwendbare wie Was geschah wann und Jahrhundert-Daten. Wörterbücher,
- * „Wende“-Publikationen.

Gerhard Feldbauer

Stichwort BAYER (SWB), Aktuelle Ausgabe

TopThema

Glyphosat & Co, BAYERs Giftschränk

Herausgegeben von der Coordination gegen BAYER-Gefahren
Erscheint seit 30 Jahren.

Gegen die Macht der Konzerne die Solidarität der Menschen.

"Stichwort BAYER" (SWB) ist ein starkes Stück Gegenmacht. Beispielhaft für die Machenschaften aller Konzerne. Konkret und faktenreich enthüllt SWB, was im Inneren des BAYER-Konzerns vorgeht. Und berichtet über den weltweiten Widerstand gegen diesen multinationalen Chemie-Giganten.

"Stichwort BAYER" erscheint seit 1980 mit vier Ausgaben jährlich. Herausgegeben von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG).

Das internationale Netzwerk der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) leistet seit 1978 erfolgreich Widerstand gegen einen der größten und mächtigsten Konzerne der Welt. Die CBG übt Solidarität mit den Opfern von Konzernverbrechen und Konzernwillkür.

Die CBG finanziert sich ausschließlich aus Spenden und Beiträgen. Entsprechend ist die CBG auf Spenden und Fördermitglieder angewiesen.

Spenden an GLS-Bank, IBAN DE88 4306 0967 8016 5330 00, BIC GENODEM1GLS.

Mitglied werden unter www.cbgnetwork.org, weitere Infos info@stichwort-bayer.de



Glyphosat & Co. BAYERS Giftschränk

*Topthema
im neuen Magazin*

www.stichwort-bayer.de

info@stichwort-bayer.de

Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf

👍 [facebook/Coordination](https://www.facebook.com/Coordination)

**STICHWORT
BAYER**

Konzernkritik konkret.

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover

Postvertriebsstück,

DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt